

Die „Vollmacht“  
erscheint wöchentlich 8 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Straßenseite 1/8,  
und durch Kolportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 2.50,  
frei ins Haus M. 2.92,  
wo keine Post am Orte, M. 3.24.

# Vollmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Spezialausgabe  
Besteht für die einseitige  
Kolportage über jeden Mann  
25 Pfennige  
für Arbeitsnachweise, Verleihen und  
Besammlungs-Einzelgen  
15 Pfennige.  
Kundentage 35 Pf.  
Inserate für die nächste Nummer  
nehmen bis Vormittag 1 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 169.

Breslau, Sonnabend, den 22. Juli 1911

22. Jahrgang.

## Die Hausbesitzer.

Unter den Gegnern, die die Sozialdemokratie eigent-  
lich bezahlen müßte, wären sie nicht so freundlich, ihre  
Aufklärungsarbeit ganz unentgeltlich zu verrichten, stehen  
die organisierten Hausbesitzer mit in der  
ersten Reihe. Alljährlich, wenn zur Hochsommerzeit die  
Götter des Spandauer Justizrats Baumert zum deutschen  
Hausbesitzertag zusammenzutreten, darf man sicher von ihnen  
ein Kabinettstück sozialpolitischer Anschauungsunterrichts  
erwarten, und noch niemals sind sie überbewusstgehörig  
hoffnungen von ihnen enttäuscht worden. Der diesjährige  
Besuch in Chemnitz hat nun durch das Auftreten des  
Saarbrücker Scharfmacheragenten Dr. A. Tille eine be-  
sondere Verschönerung erfahren. Herr Alexander Tille,  
der für eine „moralisierende“ Arbeitgeberpolitik mit der glei-  
chen Begeisterung steht, wie der Justizrat Baumert für den  
das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkenden „Gemeinschafts-  
Abort“, hat dort seine bekannnten Theorien auf das Haus-  
besitzertum spezialisiert und zum „Kampf gegen den Boden-  
kommunismus und Wohnungsmoralismus“ aufgerufen.  
Das berückichtigte Wort aus der Gründerzeit: „Mit Moral  
baut man keine Eisenbahnen“ hat damit eine zeitgemäße  
Auffrischung erfahren: Mit Moral baut man  
keine Zinskasernen.

Aber mit der Geschicklichkeit, die Draufgängern seiner  
Art nun einmal eigentümlich ist, hat der Saarbrücker  
Alexander dem von ihm bekämpften Wohnungsmoralismus  
und Bodenkommunismus ein äußerst schlagkräftiges Argu-  
ment in die Hände gespielt. Er begnügte sich nicht damit,  
die organisierten Hausbesitzer gegenüber dem „inneren Um-  
sturz“ der Arbeiter und den nach seiner Ueberzeugung  
gänzlich unzuverlässigen Beamten als die wahren „Träger  
der herrschenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschafts-  
ordnung“ zu feiern, sondern er fügte noch stolz hinzu, es  
verdiente wohl beachtet zu werden, „daß das Wohnungs-  
wesen im Volkshaushalt heute den fünften Teil aus-  
macht“. Zum ideologischen Ueberbau seiner staatsbehaltenden  
Rodomontaden hat Herr Tille damit auch das solide  
wirtschaftliche Fundament aufgewiesen. Wahrhaftig! Da  
man im allgemeinen annehmen kann, daß der Betrag der  
Wohnungsmiete durchschnittlich den fünften Teil des Ein-  
kommens ausmacht, ist es gar keine große Uebertreibung  
mehr, wenn man behauptet, daß zirka ein Fünftel des ge-  
samten Volkseinkommens in Form von Mietzahlungen in  
die Taschen der Hausbesitzer fließt. Aber was beweist das  
für die Hausbesitzer in einer Welt, die die Menschen nicht  
danach beurteilt, was sie einnehmen, sondern vielmehr da-  
nach, was sie für das Ganze der Volkswirtschaft leisten.

Es wäre natürlich ein dilettantischer Trugschluß,  
wollte man annehmen, daß der Betrag, der alljährlich  
jährig oder allmonatlich von den Hausagrarern einge-  
zogen wird, nunmehr als unberührtes Einkommen diesen  
zugute käme. Vielmehr fließt ein großer Teil dieses un-  
geheuren Goldstroms weiter zu Bodentwuchsern, Banken,  
Spekulanten, zu Gruppen, die das Hausbesitzertum selbst  
oft genug als Gegner bekämpft, und das im Organismus  
dieses riesenhaften volkswirtschaftlichen Schmarotzertums  
den allerschädlichsten Teil darstellt. Aber für das Haus-  
besitzertum ist freilich nicht allzuviel gewonnen durch die  
einwandfreie Feststellung, daß es seine Gewinne mit an-  
deren Kreisen teilen muß, die für die Volkswirtschaft  
ebenso wenig positive, nützliche Arbeit leisten, wie es  
selbst.

Aus der Tatsache, daß der Arbeiter und Beamte von  
jedem Großen, den er verdient, zwei Pfennige allein an  
die Nutznießer der städtischen Bodensteuern muß, er-  
hellte mit eindringlichster Deutlichkeit, was die reißlose  
Durchführung des „Bodenkommunismus“ für  
die ungeheure Mehrheit des Volkes praktisch bedeuten  
würde. Dieser Bodenkommunismus würde den Benutzer  
einer Wohnung zwar selbstverständlich nicht der Pflicht ent-  
heben, die Arbeitskräfte zu restituieren, die seine  
Wohnung hergestellt haben, würde ihn aber mit einem  
Schlag von allen Abgaben befreien, die dem Boden-  
monopol entspringen und als arbeitsloses Einkommen in  
die Taschen der Besitzenden fließen. Wer Herrn Tilles  
Rebe kauft, ohne zufällig selber Hausbesitzer zu sein, wird  
sich nicht enthalten können, auszurufen: Es lebe der  
Bodenkommunismus!

Allerdings liegt es nicht im Sinne der Herren vom  
Gause, den doppelten Zehnten, den der Mieter an sie und  
ihre Hintermänner steuern muß, herabsetzen zu lassen.  
„Strauf mit den Mietern!“ ist die Losung. Und  
Herr Tille, der Apostel dieses hausherrlichen Zukunfts-  
staates, verkündet:

„Es muß dazu kommen, daß sich die Lohnarbeiter an  
die Verwendung eines größeren Bruch-  
teils ihres Lohnes auf die Wohnung ge-  
wöhnen, vielleleicht durch Einschränkung  
des Alkoholgenußes.“

Wjo davon soll der — an sich gewiß zu bekämpfende  
— übermäßige Alkoholgenuß eingeschränkt werden, damit  
der Arbeiter am Ersten mehr Miete zum Hauswirt tragen

kann! Jeden Tag ein Glas Bier weniger für den  
Hauswirt! Gegenüber solcher Unverschämtheit wäre  
zu erwägen, ob nicht vielleicht umgekehrt durch Einschrän-  
kung des Alkoholgenußes auf Hausbesitzertagen und bei  
sonstigen Festlichkeiten der Hunger der Hauswirte nach  
höheren Mieten vermindert werden könnte.

Aus den sonstigen Verhandlungen des Kongresses ist  
hervorzuheben, daß ein Bestimmungsgenosse des Herrn Tille,  
ein sicherer Herr Barth aus Erfurt, dem verblicheneren  
Kahlpfändungsrecht eine kleine Träne nach-  
weinte, und daß der Justizrat Baumert die sozial-  
demokratische Presse als lebhafteste Befür-  
worterin wohnungsreformerischer oder, wie Herr Tille sagen  
würde, wohnungsmoralistischer Bestrebungen denunzierte.  
Der Tadel, den der Führer des organisierten Hausbesitzer-  
tums über die sozialdemokratische Presse verhängte, klang  
in ihren Ohren als das höchste Lob, das ihr überhaupt  
gespendet werden konnte, und wird für sie der stärkste An-  
sporn sein, fortzufahren wie bisher.

## Dreiviertel Jahr Schnapsverbrauch.

Die Geschäfte gehen schlecht, daran läßt sich nur schwer  
etwas ändern — so lauten all die stillen Seufzer der deutschen  
Spirituoseninteressenten. Gar zu gern möchte man die  
Schnapspreise heraufsetzen, aber, aber die  
Frucht vor den bösen Sozialdemokraten hindert daran. Er-  
klärten doch erst kürzlich die im Verband deutscher Spiritus-  
und Spirituoseninteressenten organisierten Schnapsverkäufer  
Kiel und Umgegend in einer ihrer Mitglieder-versammlungen:  
„Es würde sicher der sozialdemokratische Boykott erneut an-  
gesetzt werden,“ wenn es durch eine Konvention mit der  
Spirituszentrale zu einer Preiserhöhung des Schnapses  
komme. Die Herren rechnen also damit, daß bei billigen  
Schnapspreisen der Boykott nicht so stark wirkt. Aber ihren  
Profit wollen sie doch trotzdem haben! Wie es gemacht  
wird, und wie ganz Eingeweihte über die jetzigen, durch die  
neue Branntweinsteuer und den Schnapsboykott hervorgerufene  
Situation denken, zeigt recht hübsch unumwunden und  
deutlich ein Rundschreiben des Verbandes der Spiritus- und  
Spirituoseninteressenten Deutschlands. Es heißt da, nachdem  
die Mitglieder darauf hingewiesen worden sind, welche an-  
genehmen Möglichkeiten der erhöhten Steuerabwälzung auf  
den Konsum durch eine Konvention mit der Spirituszentrale  
möglich würden:

„Andererseits hat auch der Konsum, das Publikum, ein  
Interesse daran, daß wieder durchweg vollwertige  
Ware in den Verkehr gelangt, und daß jene  
bis aufs äußerste an Alkoholprozenten zu-  
rückgesetzte Ware, die von weniger gewissenhaften  
Fabrikanten seit Inkrafttreten des neuen  
Branntweinsteuergesetzes in den Verkehr gebracht  
worden ist, wieder verschwindet.“

Die erste Folge des Abschlusses eines Vertrages mit  
der Spirituszentrale wird natürlich eine Erhöhung der  
Preise für Trinkbranntwein sein. Sogar die  
„Frankfurter Zeitung“ warnt deswegen die Destillateure  
sich auf solche Abmachungen einzulassen. Sie meint:

„Ob sich in der heutigen Zeit bei der fortschreitenden  
Antialkoholbewegung und bei dem gewerkschaftlichen Brannt-  
weinboykott die Konsumenten so ohne weiteres bereit finden  
lassen werden, diese Preiserhöhungen zu tragen, müssen sich  
die Destillateure selbst beantworten.“

Uns kann schon recht sein, wenn die Destillateure sich  
mit den Agrariern der Spirituszentrale verbinden, wird doch  
dann die grenzenlose Ausbeutung des Proletariats, die er  
durch den Schnapsgeuß erfährt, noch deutlicher sichtbar.

Vorläufig gilt es aber, ohne Rücksicht auf das, was da  
die Schnapsbrauer und die Schnapsverkäufer miteinander  
ausmachen, den Branntwein konsequent zu boykottieren.

Produktion und Trinkbranntweinverbrauch betrug inner-  
halb der ersten neun Monate des jeweiligen Berichtsjahres  
in Hektolitern die folgenden Summen:

Erzeugung:		Trinkverbrauch:	
1910/11	1909/10	1908/09	1907/08
3.345.108	3.507.299	4.071.988	3.812.855
1.496.345	1.348.272	1.874.677	1.809.660
			1.854.246

Demnach ist die Branntweinerzeugung innerhalb der  
neun Monate des laufenden Jahres gegenüber derselben Zeit  
des vergangenen um genau 162.191 Hektoliter zurück-  
gegangen. Die Trinkbranntweinverbrauchs-ziffer ist gegenüber  
1909/10 zwar wieder etwas gestiegen, dies bedeutet aber bei  
der krampfhaften Bemühung der Spirituszentrale, den  
Branntweinüberschuß zu gewerblichen Zwecken zu benutzen,  
nicht allzu viel. Wichtig bleibt, die Produktion sinkt immer  
weiter. Daß sie noch weiter sinke und mit ihr auch der  
Branntweinverbrauch zu Trinkzwecken, das ist die ernste Auf-  
gabe jedes denkenden Proletariats. Darum: Arbeiter,  
weibei konsequent den Schnaps, zahlt nicht freiwillig Steu-  
gaben an die Junker und Steuern an den Staat, der auch  
schonlich gefasst ist.

## Politische Uebersicht.

### Hansabund und Zentrum.

In Düsseldorf hat die Zentrumsparlei ihren ursprüng-  
lichen Kandidaten Adams fallen gelassen und dafür das  
Mitglied des Hansabundes Bankdirektor Friedrich als  
Zentrumskandidaten aufgestellt. Die schlesische Zentrums-  
presse schreibt:

Wacklig und wackelnd ist das Geschöpf, das die  
Berliner Großfinanz mit ihren Geldern ins Leben gerufen  
hat. Der Hansabund hat nur ein negatives Programm  
und das heißt Kampf gegen die deutsche Landwirtschaft  
und die sie unterstützenden Parteien, nämlich Konservative  
und Zentrum. Der Haß hat dieses Gebilde erzeugt,  
Haß hat es ausgefüttert und Haß muß es ernuten. Aus dem  
Haß entspringt die Uneinigkeit.

Und als Kandidat für seinen Wahlkreis Düsseldorf nomi-  
niert das Zentrum Herrn Friedrich, Mitglied des Haßge-  
bildes statt Herrn Adams! — Die „Schlesische Volks-  
zeitung“ schreibt:

Der Hansabund trug die Uneinigkeit von seiner Geburts-  
stunde an in sich. Er war trotz der schönsten Ausstaffierungen  
in der ihm ergebenden Presse eine erbärmliche Zwitter-  
gestalt. Man bemühte sich zwar von vielen Seiten, alle  
seine Auswüchse und Pöcker durch buntsfarbige, privatenge-  
schwehnte Resolutionen zu verdecken; aber heute hilft alles nicht  
mehr. Die Ungehalt steht nackt vor uns.

Als Kandidaten für Düsseldorf stellt dieselbe Partei ein  
Mitglied der erbärmlichen Zwittergestalt auf! — Die  
Droschüre des katholischen Volksvereins „Was haben wir  
vom Hansabund“ sagt:

Wenn aber der Hansabund glaubt, sich die Sympathien  
des Mittelstandes erwerben zu können durch Schimpfen über  
„agrardemagogische Bestrebungen“ des Zentrums und der Kon-  
servativen, so weisen die diesen Parteien angehörenden Hand-  
werker, Kaufleute und Privatbeamten mit Stolz darauf hin,  
daß sie für die Durchsetzung ihrer sozialpolitischen Standes-  
forderungen bisher stets bei den diesen Parteien, insbe-  
sondere bei den dem Zentrum angehörenden Landwirten  
bessere Bundesgenossen gefunden haben als bei dem zum Libe-  
ralismus schwärmenden Großkapital.

Deshalb kann die parteipolitische Parole des Mittelstandes  
und der Privatbeamten, wie sie vom Hansabund heraus-  
gefordert wird, nur lauten: Weg vom Hansabund!  
Treu dem Zentrum!

Als Antwort auf diesen Ruf stellt das Zentrum in  
Düsseldorf als Kandidaten auf den Hansabündler Friedrich!  
— In der „Köln. Volkstg.“ heißt es:

Es ist sehr erfreulich, daß auch von berufener Seite die  
neue politische Methode, mit der uns der Hansabund zu he-  
glichen gedenkt, richtig charakterisiert wird und es ist nur zu  
wünschen, daß auch in weiteren Kreisen der deutschen Industrie  
sich die Erkenntnis Bahn bricht, was dieser angeblühende Bund  
zum Schutze von Handel und Industrie in letzter Linie ist:  
eine von gewissen Börsen- und Handels-  
kreisen geheizte freisinnige Wahlmaschine.

Und zur Kennzeichnung dieser „Wahlmaschine“ der  
Börsekreise stellt das Zentrum als Kandidaten den — Bank-  
direktor und Hansabündler Friedrich auf!  
Das alle, ehrliche Zentrum!

## Wie man in Zentrumskreisen über die Reichs- finanzreform denkt.

Bis zum Ueberdruß sind wir aus den Zentrums- und  
Junkerblättern belehrt worden, daß es um den Steuer-  
raubzug des Jahres 1909 doch ein gar herrlich Ding sei,  
weil nur durch ihn die „Gesundung“ der Reichsfinanzen  
herbeigeführt werden konnte. Und außerdem sei es gar  
nicht wahr, daß die Finanzreform Unzufriedenheit im  
Volke verursacht habe. Wo solche Behauptungen, sei sie künstlich  
durch die Liberalen und die Sozialdemokraten herbei-  
geführt worden. Namentlich in Zentrumsblättern konnten  
wir es so oder ähnlich lesen, während die Junkerpresse  
des arbeitenden Volkes wegen nicht soviel Worte machte;  
ihre Leser brauchten ja nicht eingeseigt zu werden.

Im krassen Widerspruch zu den treführenden Neuße-  
rungen der Zentrumspresse über die Volkmeinung zur  
Reichsfinanzreform steht, was in einer Versammlung des  
vereins „Volkshilfe“ zu Werden bei Essen gesagt und be-  
schlossen wurde. Ein Herr Schlad, Vorsitzender des Ver-  
bandes westdeutscher „christlicher“ Konsumvereine,  
führte in seinem Vortrage über „Die Steuerfrage  
und die Konsumvereine“ aus, daß die bürger-  
lichen Parteien sich nicht darüber im unklaren sein sollten,  
daß auch unter den Anhängern der bürger-  
lichen Parteien eine weitgehende Miß-  
stimmung gegen die letzte Reichsfinanz-  
reform vorhanden sei. Raum habe sich diese  
Erregung etwas gelegt, da erscheine schon wieder der An-  
trag Hammer im Abgeordnetenhause (der die Aus-  
nahmesteuer der Konsumvereine will), dessen letzte  
Konsequenz eine weitere Verteuerung der Lebensmittel für  
die breite Masse bedeute.

In der Entschlieung, die nach dem Referat  
 einstimmig gefaßt wurde, heißt es:



Die Versammlung beruht den Antrag Kommer zerner aus dem Grunde, weil seine Durchführung wiederum eine Vertiefung der Lebensmittel und Wirtschaftsbefürnisse für die jetzigen Volksteile bedeutet, welche auch einen großen Teil der Lasten der Finanzreform zu tragen haben (Kaffee, Tabak, Bier, Zündhölzer etc.).

Interessant ist, daß in dieser Versammlung der Zentrumsabgeordnete Zimusch anwesend war, der also, da die Resolution einstimmig beschlossen wurde, mit in vorstehender Weise gegen die vom Zentrum verteilte Reichsfinanzreform votiert haben muß. Uebrigens mußte dieser Herr sich sagen lassen, daß im preussischen Landtage gegen den vorkommenden Antrag Kommer nur die sozialdemokratische Partei entschiedenen Front gemacht habe. Er verteidigte sich damit, daß den Abgeordneten von den Konsumvereinen kein Material zugestellt werde!

Jedenfalls zeigt sich an diesem Vorgange, daß die Behauptung des Zentrums, seine Schäferlein seien einverstanden mit der von ihm im schwarz-blauen Blod geübten Steuerpolitik, nichts als eitel Fiktion ist.

### Ein Silber aus Mexiko.

An die Adresse der nationalliberalen Reichstagsfraktion ist eine Depesche aus Mexiko folgenden Inhalts gekommen: „25 Familien Fabrika Rio Blanco und Rosa Drijaba eruchen um Interpellation im Reichstag und Schutz anlässlich der Himmelfahrt Deutscher in Puebla. Bevollmächtigter Herrsch in Rio Blanco.“

Die Namen der in der Spinnersi Copadonga zu Puebla getöteten Deutschen sind: Wilhelm Kuhlmann und Peter Schmitz von der Köln-Deutzer-Gasmotoren-Fabrik, Alfred Woer aus Lauban in Schlesien und Gertrud Foer.

Gerettet sind: Heinrich Weidmann aus Mühlhausen i. G. mit seiner Frau und seinen beiden Kindern, sowie Albert Baumann und Frau, letztere leicht verletzt.“

Der Reichstag kann natürlich momentan in der Sache nichts unternehmen. Der deutsche Gesandte in Mexiko hat sich bereits nach dem Schauplatz des Ueberfalles begeben. Weil in der bürgerlichen Presse mit dem Vorfalle streifende Arbeiter in Verbindung gebracht werden, ist eine halbige amtliche Aufklärung dringend erforderlich. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt eine anscheinend offiziös inspirierte Note, die besagt:

„Man wird in diesem Falle nicht in Abrede stellen können, daß seitens der deutschen Regierung alle Maßnahmen ergriffen worden sind, um die im Revolutionsgebiet lebenden Deutschen vor weiterer Gefährdung von Gut und Blut zu schützen. Der deutsche Gesandte hat nicht gezögert, mit den beiden kriegsführenden Parteien eingehend zu verhandeln und unsere Landsleute unter ihren Schutz zu stellen. Daß die Lage von Ausländern in einem Gebiet, das vom Bürgerkrieg zerfleischt wird, wie es gegenwärtig in Mexiko der Fall ist, schwer bedroht sein muß, darf kaum wunder nehmen. So bedauerlich der Tod von vier Deutschen ist, so erscheint ein solcher Fall unter den in einem Bürgerkrieg obwaltenden Umständen als ein Ereignis, das bei kühnen Vorfällen leider immer wieder zu verzeichnen ist.“

Ausfänglich wurden die Geiseln — darunter schließliche Danksleute — als streifende Arbeiter und überlebige Lagerknecht bezeichnet.

Die fälschlicherweise Gefangenenmeldung. Eine amtliche Bestätigung der Nachricht über den Ueberfall auf eine deutsche Kolonie in Südwestafrika war bis Donnerstag mittig in Berlin noch nicht eingetroffen. Sie ist auch alsbald noch nicht zu erwarten, da von dem Orte des Ereignisses bis zu den nächsten Telegraphenstationen Entfernungen von 5-600 Kilometer in Frage kommen.

Das Kommando der Schutztruppe in Ostafrika meldet, daß in der Sandwischschaft Urundi Karawanen jacobiger Däbeler ausgeraubt und niedergemacht worden sind. Da auch Postkutschentouren beschloffen wurden, hat das Kommando dem Residenten von Urundi Hauptmann von Rangen-Eitelkeller anheimgestellt, mit einer aus der in Uumbura stehenden 2. Kompagnie und einem Teil der in Ujijibi stehenden 3. Kompagnie gebildeten Expedition gegen die Unruhstifter einzuschreiten.

Die die „Deutschen Nachrichten“ aus „denkbar besser und anerkennlicher“ Quelle erfahren haben wollen, hat Staatssekretär

v. Sindequitt sich entschlossen, zur Sicherung der Grenzverhältnisse des Oambolandes im Norden Deutsch-Südwestafrikas eine schwarze Kolonialtruppe unter Ausschluß der Volkstruppe zu schaffen, womit der Anfang eines künftigen schwarzen Reichskolonialheeres gemacht ist.

Daß von verschiedenen Seiten solche Anregungen schon gemacht worden sind, ist kein Geheimnis. Der Staatssekretär kann aber nicht aus eigener Machtvollkommenheit heraus eine solche Truppe schaffen, sondern ist dazu an die Zustimmung des Reichstags gebunden.

Erzbergerische Diamantenpolitik. Die „Königliche Volkszeitung“ veröffentlicht unter der Ueberschrift „Ragenjammer“ einen Aufsatz, in dem sie auf den Zusammenhang zahlreicher kleiner Diamantenunternehmungen in Südwestafrika und die Ertragslosigkeit einer Reihe von Kolonialunternehmungen hinweist. Hierbei schreibt sie wörtlich:

„In der Einbildungskraft der Berliner Börse spielen und leider auch eines großen Teiles unseres Privatpublikums war der Sandboden der kolonialen Wüste schon mit Diamanten übersät oder wenigstens sah man diamantartigen Sandboden überall dort, wo nichts zu finden war, als Enttäuschungen. Es entbehrt nicht das „N. Z.“ zutreffend bemerkt, nicht einer gewissen Komik, daß der Mann, in dessen Einbildungskraft der Sandboden der kolonialen Wüste mit Diamanten übersät war, kein anderer war, als — der Zentrumsabgeordnete Erzberger! Denn dieser war der erste, der von dem „Millionengewinn“ sprach und das Wort „Millionengewinn“ geprägt hatte. Jetzt kommt die Ernüchterung!“

Bestellte Arbeit für Reserveoffiziere. Daß es gerade die „Post“ gewesen ist, die den bekannten Brief eines Reserveoffiziers veröffentlichte, in dem dieser für das Recht der Reserveoffiziere eintrat, unter Umständen sozialdemokratisch zu wählen, war einigermassen auffällig. Die „Post“ ist von der reaktionären Presse scharf angegriffen worden, weil sie es mit der Veröffentlichung des Briefes überhaupt erst ermöglicht hat, daß diese Frage zum Gegenstande einer öffentlichen Diskussion gemacht werden konnte. Am schärfsten gingen in dieser Hinsicht die „Hamburger Nachrichten“ vor. Das so gedruckte Scharfmacherblatt, das an Ansehen längst nichts mehr erdulden hat, rücht nun mit folgendem mißlichen Geständnis heraus:

„Wir können ferner den „Hamburger Nachrichten“ verraten, daß wir, als wir die Frage aufrollten, uns dabei der Billigung sehr hoher militärischer Kreise sicher wußten; man hat uns gegenüber als es erwünscht ist, daß der Brief zur Veröffentlichung gelangte und so zur Klärung der Frage Veranlassung gab. Die Frage mußte vor den Reichstagsmahlern aufgestellt werden, und sie wurde am zweckmäßigsten eben so aufgestellt, wie wir es taten. Das Reserveoffiziersgesetz sollte darüber selbst reden, welches der Geist in seinem Reiben war. Das war viel wichtiger, als wenn wir von Anfang an das gesagt hätten, was gesagt werden mußte und was ja jeder wußte, der uns kannte.“

Also um ein ganz schändliches Wahlmandat hat es sich bei der ganzen Aktion gehandelt. Den Reserveoffizieren sollte auf diese Art nachdrücklich zu Gemüte geführt werden, daß sie unter keinen Umständen einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben dürfen. Die „Post“ hat, wie sie selber zugestehen, den Brief erst hohen militärischen Stellen, doch wohl dem Kriegsministerium, vorgelegt, und erst nachdem man sich damit einverstanden erklärt hatte, ist der Brief veröffentlicht worden. Es entsteht der Verdacht, daß der Brief überhaupt keinen Reserveoffizier zum Verfasser hatte, sondern daß es sich um eine Fälschung handelte, die in der Redaktion der „Post“ selber ihren Ursprung hatte. Für den kommenden Wahlkampf eröffnen diese Methoden in recht neue Ausblicke. Die maßgebenden Stellen“ dürften aber gut tun, sich tüchtiger Reptile zu bedienen, als wie die „Post“ es ist.

Ein kirchlicher Streik. Der das größte Aufsehen zu erregen geeignet ist, droht in der katholischen Pfarrei Martinshöhe auf der Seidingerhöhe auszubringen. Der Anlaß dazu ist folgender: Am 10. Juli verließ der bisherige Pfarrer Martinshöhe, um eine andere Seelsorgestelle anzutreten. Der Partrikrat und ein Teil der Gemeindeglieder beabsichtigten dem Scheidenden eine kleine Abschiedsfeier zu veranstalten, bei der ihm einige Geschenke überreicht werden sollten. Dazu sollte es aber nicht kommen. Gegner des Pfarrers wandten sich an das bischöfliche Ordinariat Speyer. In Abwesenheit des (erst seit kurzem im Amte befindlichen) Bischofs Fr. Faulhaber suspendierte die oberbischöfliche Stelle telegraphisch den Pfarrer für Sonntag, den 9. Juli, und unterlagte ihm jede Tätigkeit in und außerhalb der Kirche. Jetzt verlangt der Partrikrat von der bischöflichen Behörde Genugthuung und droht, wenn ihm diese nicht wird, mit Streik gegen den neuen Pfarrer.

Das Interessante an der Sache aber ist, daß sogar die katholische Presse und der Klerus gegen das bischöfliche Ordinariat sich auflehnen. Aus geistlichen Kreisen wird der ultramontane „Ausg. Postg.“ geschrieben:

„Das gänzlich unverständliche und rücksichtslose Vorgehen des Ordinariats erregt im Klerus der Pfalz das größte Aufsehen und die tiefste Erbitterung. Der Klerus der Pfalz hat zu dem hochwürdigsten Herrn Bischof, welcher der Sache fern steht, das vollste Vertrauen, daß eine solche Behandlung ein für allemal aufhören werde.“

Dieses öffentliche Auffässigerwerden katholischer Geistlicher gegen ihre vorgelegte kirchliche Behörde ist sehr anstößig. Anarchistenhege. Herr Gustav Landauer schreibt dem „Vorwärts“:

„Ende Mai erhielt ich den Besuch von zwei ausländischen Metallarbeitern, Fremden, einem Schweizer und einem Italiener, die an mich wegen ihres Interesses an der anarchistischen Bewegung empfohlen waren. Die jungen Männer erzählten, daß sie gleich nach ihrer Ankunft in Berlin Arbeit gefunden hatten, daß sie in Moabit arbeiteten, daß sie sich über die schmutzige Sauberkeit dieses Stadtviertels, das man ihnen im Anschluß an die Volkshauswände als Nachenbirtel geschilbert hatte, wunderten usw. Sie erwähnten, im „Freien Arbeiter“ von einem Klub gelesen zu haben, der in Moabit Sitzungen abhalte und sprachen die Absicht aus, da einmal hinzugehen, um sich im Gespräch mit Kameraden in der deutschen Sprache zu üben. Ich warnte sie eindringlich, dies zu tun, indem ich ihnen von der ständigen Praxis der politischen Polizei berichtete, alle Besucher dieser Versammlungen teils durch Observation, teils durch widerrechtliche Sittierungen festzusetzen und die Ausländer ohne weiteres auszuweisen.“

Die beiden sind trotzdem in eine solche Sitzung gegangen und sind am darauffolgenden Montag, den 12. Juni, von der Polizei festgenommen worden. Weden wurde am folgenden Tage mitgeteilt, daß sie aus Preußen ausgewiesen seien. Bekanntlich gibt es keinerlei Reichspolizei und auch keine Befugnis zur Ausweisung aus dem Deutschen Reich. Man hätte also meinen sollen, die beiden könnten nur zur Uebersetzung der preussischen Grenze veranlaßt werden. Das aber geschah nicht, und was nun geschah und in all solchen Fällen geschieht, entspricht zwar den internationalen Polizeibestimmungen gegen die Anarchisten, ist aber völlig ungesetzlich. — Der eine, der Schweizer namens Mario Aldepi, wurde festgehalten, bis von der Schweizer Polizei die Bestätigung seiner Identität eintraf; am Freitag, den 16. Juni, wurde er von der Polizei mit der Eisenbahn ins Basel gebracht, also durch mehrere nicht-venetianische Länder hindurch, aus denen er nicht ausgewiesen wurde und in denen die preussische Polizei keine Befugnisse hat, und in Basel wurde er, vielleicht durch Vermittlung der badischen oder elsässischen Polizei, aber ohne daß er aus diesen Ländern ausgewiesen war, wie ein Verbrecher, der ausgeliefert wird, der Schweizer Polizei übergeben, was ebenfalls völlig widerrechtlich war. In der Schweiz war er sofort frei, da er sich in keiner Weise gegen die Befehle seines Landes verweigerte.

Schlummer aber erging es dem Italiener, der Andrea Gabetto heißt und in Alessandria im Jahre 1890 geboren ist. Er stirbt nach Aussage seines Freundes noch heute als Polizei-Gefangener in Berlin. Wahrhaftig, weil die italienischen Behörden noch nicht geantwortet haben, oder weil sich die Schwierigkeit ergibt, daß Preußen-Deutschland nicht an Italien grenzt! Ein solches Festhalten eines Mannes nun, der sich nicht gegen die Befehle verweigert hat, zu dem Zweck der Feststellung der Identität, die auf Grund seiner Papiere feststeht, in Wahrheit zum Zweck der Auslieferung an die italienische Polizei, ist völlig ungesetzlich und ist ein Hoß auf internationale Gerechtigkeit und Höflichkeit. Ich vermute, dem jungen Mann, der völlig hilflos ist, da er kein Wort Deutsch kann, einen Rechtsbeistand zu schicken, halte es aber für richtig, sofort der Öffentlichkeit von diesen Vorgängen Mitteilung zu machen.

Die angebliche Spionageaffäre. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Würzburg telegraphisch wird, hat der bayerische Kriegsminister die Alten in der Hammelburger Spionageaffäre zur Untersuchung eingefordert. — Der Würzburger General-Anzeiger“ erzählt aus authentischer Quelle: Die Meldung, daß am dem Truppenübungsplatz Hammelburg ein japanischer Major bei Spionage betroffen wurde, indem er beim Schein einer kleinen Taschenlampe ein Geschäft studierte, ist aufgekauft. Es handelt sich dabei um den dem 9. Infanterie-Regiment zugeordneten japanischen Major Joishida, der gegenwärtig in Hammelburg den Schießübungen des 11. Feldartillerieregiments beivohnt. Er stand betrachtend vor dem Geschützpark der aufzufahrenen, mit Ueberüberzügen versehenen Geschütze, entfernte sich aber auf Befehlen des Wachpostens sofort. Er ist bei den Offizieren sehr beliebt. Spionage traut ihm niemand an.

Zeichenbrathallen. Was ein frommer Mann ist, schreit zwar unaussprechlich über Verlebung seiner Gefühle, selber aber beschimpft er aufs gemeinste, was andern teuer ist. Was kleri-

## Jungfer Mutter.

Eine Wiener Vorstadtschichte von Ida Schifren.

„Lob der Spah sein mit der Maria“, grüßte der Leopold, und dann setzte er: „Du mir sterblich weh...“ Jetzt rufft er sich auf und schreit lachend die Pfaffen durcheinander, freilich, so ist es... das ist ihr Zeit und Lehr, mit dem Tod in da bei ihm, sie ist fort, ist ein nichtswürdiges Weib!... Die Gumpel hinter, war ein paar kleine Fäulsen ab, kamme auf und erlosch... Zwischen den beiden Seiten am Boden lag der Leopold lang ausgebreitet, ohne Atem wie ein Gräber, und jede Schale im Wimmer, als es immer jähren konnte. Der Mann hörte nichts, seine letzte traumhafte Bewegung war, mit ausgebreiteten Fingern die Erde zu halten, denn er sah, wie er nieder und tiefer herabsank... sah, daß sie nur mehr handbreit von seinem Kopf entfernt ist und ihm jetzt das Stirn zusammenbrücken werde.

„Einmal muß aber die Geschichte doch ein Ende nehmen, mein nicht?“ schloß die alte Frau Walter. Sie stand in der Küche des Leopold und schielte nach seiner Zimmerthür. Sobald er wieder eintrat, kam sie ihm entgegen, erwiderte die Gumpel Antwort.

Die Alte rang die Hände und schüttelte dann alle zehn Finger kloppt vor den Augen ihrer Tochter. „Weißt Du, daß es jetzt doch sechs Wochen sind? Log und Recht bist Du da herangekommen. Ich will nichts von der verdamnten Arbeitzeit sagen, aber ich, wie Du pagert bist,“ behauptete die Gumpel die Frau.

„A, und wie denn?“ — Heberleg“ sah doch die Frau Mutter alles. Das Kind war zum Kindlichen, der Leopold ein schlauer Mann, und die Frau —

„War eine geistliche Person, die auf und davon ist, wie sie ihr verlassener Mann zum ersten Mal geprügelt hat. Wenn wir es alle so gemacht hätten, so wären unsere Männer auch anders worden.“

„Eine geistliche Person?“ wiederholte das Mädchen erregt.

„Ja. Und Du? Eine hübsche Gans, die ihr Zeit verbringt, weil sie willkürliche Dinge fliegen muß.“

„Wahrscheinlich?“ Der Weib Leopold's sah sein Weib?

„No. Nachbars hat. Wer hat sich denn sonst im Haus so geprügelt gemacht außer Du?“ fragte die Mutter doch noch und bewachte herumschleichend seine Schritte in die Küchlein.

„Ja, denn das ganze Haus verändert, sind alle Gans am liebsten in sechs Wochen?“ sagte die Gumpel Antwort.

„Vor sechs Wochen war ja der Leopold für alle ein braver, ehrlicher Mann und die Frau für die meisten eine schöne, aber laute Gans, und jetzt —“

„Das verhält Du nicht, eine Frau, die so schön ist, verliert eine höhere Behandlung, alle Leute sagen das, die anderen Leute“, und das Gesicht gibt ihr Recht, nicht ihm.“

Der Wirtinnen, in dem die beiden sprachen, erregte die ärmliche Frau immer mehr, sie ließ ihrem Munde entgegen in die Dörren, welches jählich den Mund, ließ die Handballen ineinander, daß es kurz, und freute sich fast, als sie das graublaue Gesicht der Gumpel so blickte und sprach am liebsten.

„Aber Frau Mutter, wüßte sie bestimmt.“

„Gerecht ist gerecht.“ Schau, daß Du bald heimkommst, sonst hast ich dich, aber anders!“

Frau Mutter presste die Arme so weit hinaus, als sie sich schreien ließen, und ging kreischend durch die Küchentüre hinaus in den Hof. Draußen kamen schon die Nachbarninnen, ausgereit, ob die regale Mutter das hübsche Weib mitbrachte, oder ob die Wirtin so weinend wurde. Sie wurden nur mitleidig die Wirtin, als die Alte allein kam, und reckten die Köpfe zusammen, als sie, ohne ihren lange Rede zu stehen, dahinging.

„Sechs Wochen hatten wirklich genug, um die Menschen in der Meera Gans“ zu ändern, ihre Stimmung zu jähren und ihre Meinungen abzuhärten. Die Weiber redeten ja Tag und Nacht über die Geschichte mit der Frau, und so hatten sie gerade Zeit genug gehabt, um die meisten Männer windelweich zu hämmern. Das die Weiber recht hatten, behauptete das Gericht, weil es die junge Frau nicht begn verbielt, zu ihrem Mann zurückzuführen.“

Die Weiber der „Mann Gans“ und bei allem der Raterrathen, hatten vorhergesehen, daß die Anstreiften mit Schande und Spott heimgekehrt werde, und nun sahen sie das Gericht in Schen. Das mußte nicht in die große Ehre der jungen Frau sein, das wollte etwas sagen in jenem Winkel, wo sich die ersten Leute von der Gans des Gerichts auch den Begleit der Unhöflichkeit machten und bevor eine kalte Edele die die Weiber vor Selbsten garten. Daran war auch nicht der Leopold jetzt für sie im Unrecht, und die Frau hatte den Weg eingeschlagen, den ein junges hübsches Weib geht, wenn sie ihr Mann jählich behauptet.“

Die junge Frau hatte auch wirklich schall Fremde gemeldet, sie hat sich ihr Recht bewußt machen.

Da hat auch die Gumpel die Frau, die großen „Gumpelantwort“, wie sie den Gumpelanten bescheiden, für den die Gumpel die Frau in der Meera Gans“ arbeiteten. Die geistliche Frau Frau, die unermessliche Fäulsen, hatte sich von ihrem Bruder getrennt und auf eigene Faust einen Salon für Damenabteilung“ eröffnet; das wollte sagen, daß sie von

den ungelieblichsten Güten angefangen, bis zu den geschmackvollsten Stilleketten herab alles feil hatte, was zu dem Putz einer eleganten Frau gehört. Sie hatte diese neue und vornehme Idee von ihrer Vaterstadt, von Paris, hergebracht und sie lag zu verwirren begonnen. Alle älteren Geschäftslente sperrten Maul und Augen auf, denn mit einigen wackeligen Spiegeln, Sammlings und einer Menge künstlicher Blumen, kurz mit allerhand solchem Fittelsam, an den ein aufrechter Kaufmann gar nicht denkt, schnappte sie ihnen doch die allerhöchsten Stunden vor der Nase weg.

In dem Salon der „Madame Margot“ gab es auch keine bedenklichen jungen Herren, die regelrecht frisiert, in den elegantesten Modeschuhen herumtrotten, oder mit gebildeten, aber jählich gedogenen Stingen die Stoffe in gewaltig bedachte Bogen zu bauschen wußten. Einfache, schwarze Kleider Frauen sprachen sachkundig mit der Modesamwelt, sie prüften Gesichtszüge, Haarfarbe und Gestalt genau, umzogen die Abmessungen der Farben einem ersten Studium und wählten dann erst Horn und Stoffe.

Diesen sorgfältig zu Werke gehenden Frauen waren zwei junge schöne Mädchen beigegeben, eine üppige Frisur und eine schlanke Blondine; die beiden mußten die gewählten Gegenstände beschickweise in Gebrauch nehmen und in diesem meist kostbaren Putz auf- und niedergeben, sitzen, sich drehen und wenden, so daß die Käuferinnen die Wirkung an einer lebendigen Gestalt erproben konnten.

Seit fünf Wochen war an Stelle der ausgemalten Blondine ein Kostkopf getreten, der die Damen durch seine Schönheit entzückte, es war die Gumpel, die „Mademoiselle Madelaine“ hieß.

Als sie ihrem Mann davonrief, ging sie geradezu Weges zu Madame Margot und erzählte ihr den ganzen Jammer. Die kleine Frau hörte aus der Geschichte nicht und anderes, als Maria lag, dafür aber sah sie die schöne Gestalt des jungen Weibes ganz genau. Madame Margot war seit Jahren von ihrem Gatten getrennt, und das traurige Weib, das sie da hörte, war nach ihrer Auffassung nur ein neuer Beweis für die Niederrichtigkeit von die Mann“. Es gab demnach mehr als einen Grund, daß sie diesen empfindlichen Fall in die windigen Hände nahm, nachdem er von ihr zurückgelassen war, einem geschickten Abhandeln übergab und das mitleidige schöne Weib selbster in ihr Geschäft nahm.

Die Gumpel die Frau sah noch ganz mit sich zufriedenen hatte, waren schon ein Bündel Federn zerstreut an einer langen Anlegekiste. Maria stand, daß der Leopold Weib ein Weib war, ein Eiferer, daß er sein Weib fast erschlagen, und doch die Frau einen solchen Widerwillen gegen sie habe, daß sie in ehelicher Gemeinschaft nicht mehr mit ihm weiterleben könne.



Die "Toleranz" zu lernen imstande ist, kann man aus einer Notiz erfahren, die sich der hierische bayerische "Wendelstein" selbst. Da heißt es:

Der Würzburger Magistrat macht wieder einmal von sich reden. Die Herren können es nicht erwarten, bis auch in Bayern die Reichsbratallien eingeführt werden, und haben sie daher in den städtischen Etat 1911 22.000 Mark für Errichtung eines Bratofens eingestellt.

Mit dieser Gemeintheit soll die Feuerbestattung getroffen werden, die von ihren hygienischen und sonstigen unbestrittenen Vorzügen abgesehen, Tausenden von Menschen — und nicht den schlechtesten — als die pietätvollste Art der Bestattung erscheint. Die Pietät gegen teure Verstorbene wird durch die hierische Schmachlucht aufs ärgste verletzt. Die Ausdrücke "Bratofen" und "Reichsbratallien" beweisen Moral und Denkart der frommen Herren aus deutliche. Das deutet insgeheim an Feyerbraten und an die gute alte Zeit, wo man solche Braten noch auf Erden bei Lebzeiten schmoren konnte, bevor man den Rest dem Feuer zur weiteren Amtshandlung überließ. Doch diese Zeiten sind wahrlich vorbei, und dies werden auch die noch lernen müssen, deren Bestimmung vergangene Jahrhunderte wieder aufleben machen möchte, wenn sie nur könnten!

**Aus "Not" gehandelt.** Wie Arbeitgeberverbände die Behörden überreden, dafür folgendes Beispiel: Die Nürnberger Malermeister haben sich zu einem Arbeitgeberverband zusammengeschlossen, in dem sie, sobald Arbeiter ausgeschrieben waren, eine Vorabmission abhielten. Dabei wurde folgendermaßen verfahren: 1. forderte zum Beispiel 1000 Mk., 2. 1200 Mk., 3. 1300 Mk., 4. 1450 Mk. für die ausgeschriebene Arbeit. Von diesen Beträgen wurde die höchste und die niedrigste Forderung zusammengezogen und halbiert. Derjenige Meister, der ein Gebot abgegeben hatte, das dem auf diese Weise ermittelten Betrag am nächsten kam — im vorliegenden Beispiel 1200 Mk. — wurde dann aufgefordert, sein Angebot in der von ihm ursprünglich berechneten Höhe einzureichen. Wenn er das nicht gefordert werden, nur die Hälfte der Forderungen wurden eingereicht. Die Meister, die sich an der Submission beteiligten, wurden für ihre "Mühewaltung" von dem Meister, der den Zuschlag erhielt, mit zehn Prozent entschädigt. Auf diese Weise haben sich alle Mitglieder des Arbeitgeberverbandes bereichert. So ist es eine Zeitlang gegangen, bis ein Meister, der aus dem Verbande ausgeschlossen worden war und für städtische Arbeiten 42 Prozent unter dem Normalpreis verzeihlich geordert hatte, das eingeschlagene Verfahren vertrat hat. In seiner Rechtfertigungsschrift hat der Arbeitgeberverband erklärt, daß er "in seiner Notlage nicht anders handeln können".

**Die Partei-Madel.** Der unter dem Patronat des Abg. Naumann stehende Verlag "Vorwärts" handelt jetzt auch mit Tuchnadeln aus drei überembargeordneten herabwärts geformten Pfeilen in schwarzer, roter und gelber Emaille, die von links nach rechts schließen. Das Gemeinheitsgefühl und der Bekennersitz sollen auf diese Art unter den Liberalen gehoben werden. Für Frauen wird eine gleichartige Parteibrille hergestellt. Der Ueberdruck aus diesem Handel fließt zum Teil der fortschrittlichen Parteikasse zu. — Wenn Gemeinheitsgefühl und Bekennersitz erst auf diese Weise geweckt werden müssen, dann muß es damit bei denen um Naumann weit schlechter bestellt sein, als man bisher annahm.

**Grandinger als Vize für München abgelehnt.** Wie die Münchener Blätter melden, hat der Erzbischof von München die seitens des Magistrats der Stadt München erfolgte Präsentation des Vizepräsidenten, Landtagsabgeordneten Grandinger auf die Vize-Pullach bei München abgelehnt.

**Zurückgewiesenes Mißtrauensvotum.** Der Oberbürgermeister Veitman in Wachen hat erklärt, daß er das Mißtrauensvotum ganz energisch zurückweisen müsse, das ihm die Zentrumsmitglieder des Stadtverordnetenkollegiums deshalb ausgesprochen hatten, weil er im Herrenhaus seine Stimme für das Feuerbestattungsgesetz abgab.

## Ausland.

### Die Rückkehr des Schah Mohammed Ali nach Persien.

Die Vermutung, daß die persische Regierung wenigstens den Versuch machen wird, dem Schah Mohammed Ali entgegenzutreten, bestätigt sich. Die Regierung stützt sich zunächst auf die Baktrianer, deren Khan zum Kriegsmiener ernannt wurde, und die in möglichst großer Anzahl nach der persischen Hauptstadt gezogen werden sollen, deren man offenbar nicht ganz sicher ist, da der Belagerungszustand über sie verhängt werden soll. Daß der Schah an der Spitze des Kabinetts verbleibt, scheint zu beweisen, daß er, der seitherzeit unmittelbar den Sturz Mohammed Alis herbeigeführt hat, in der Zwischenzeit nicht, wie vermutet wurde, seine Bestimmung geändert hat.

Im übrigen, so meint die Wiener "N. Fr. Pr.", wird es bei dem Ringen um den Thron des Schahin-Schah vielleicht weniger auf die beiden feindlichen Parteien in Persien selbst ankommen, als vielmehr auf die Haltung Rußlands und Englands. Daß Rußland unbedingt für Mohammed Ali eintritt, beweist die Geschichte seiner Niederbr. Persien ist zwischen Rußland und England in Einflußsphären aufgeteilt: Rußland hat die Nordhälfte erhalten, England nur den an Beludschistan grenzenden Südsüden; es betrachtet aber wegen seiner ausgebreiteten Handelsbeziehungen im ganzen Süden die Südhälfte überhaupt als sein Interessengebiet. Mohammed Ali war von jeher den Russen ergeben, und es wird den Engländern deshalb kaum gleichgültig sein, ob der persische Thron ein Herrscher einnimmt, der Rußland zurückgeführt hat, und der seine Macht also einzig und allein Rußland verdankt.

Die "Petersb. Telegr.-Ag." meldet aus Asterabad vom 19. Juli: Schah Mohammed Ali traf in dem etwa 20 Meilen von Asterabad entfernten Omischak ein. Vertreter der Stadt Asterabad werden sich heute dortin begeben.

Die persische Regierung soll die Absicht haben, dem englischen und dem russischen Gesandten eine energische Note zu überreichen, worin sie der häufigen Vorstellungen bei dem englischen und dem russischen Gesandten in der Angelegenheit der Umtriebe des früheren Schahs seit dessen Abreise aus Persien Erwähnung tut, sowie ihre Ueberzeugung und ihr Verlangen ausdrückt, daß es die russischen Behörden verabsäumen hätten, das Versprechen einzuhalten, das in Artikel 11 des Protokolls vom 26. August 1903 enthalten ist. Die persische Regierung erklärt, daß Rußland die Verantwortung für alle Unruhen und die Verluste an Eigentum trage, die aus der Landung des früheren Schahs entstanden könnten.

Wie die "N. Fr. Pr." meldet, nimmt man in hiesigen Kreisen, die über die Vorgänge in Persien gut informiert sind, an, daß sich Mohammed Ali nicht nur auf die Hilfe Rußlands verlassen könne, sondern daß sich auch England mit seiner Rückkehr abgefunden habe. Bei dem Einberufen, das zwischen den beiden Mächten besteht, sei dies sehr wahrscheinlich.

**Mulay Saffar Band an Frankreich.** Die Erklärung, die Sultan Mulay Saffar dem Korrespondenten des "Temps" in Paris, Dr. Witzinger, über seine Stellung zu Frankreich und den anderen Mächten abgegeben hat, hat folgenden Wortlaut:

Ich drücke Frankreich noch einmal meine tiefe Dankbarkeit für das aus, was es für mich getan hat. Ich war in der Not und habe es zu Hilfe gerufen. Es hat meine Wünsche gehört und seine Soldaten und Gewehre, mich zu beschützen. Herr Galland war meine feste Stütze in den Stunden der Angst, und ich werde nie vergessen, daß ich seinen tüchtigen Ratgebern, der Tapferkeit der Militär-

abordnung und der geeigneten Ankunft des Generals Molier meinen Thron und vielleicht mein Leben verdanke. Ich habe Frankreich in der Ausübung meiner Herrscherrechte anerkennen. Ich habe an Spanien seinen legitimen Ruf gerichtet, und deshalb erhebe ich gegen das Einmischen Anspruch, das durch nichts gerechtfertigt und entschuldigt wird. Die Entsendung des deutschen Kriegsschiffes nach Agadir erkläre ich mir in keiner Weise. Ich weiß, daß seit mehreren Monaten zahlreiche deutsche Unterthanen den Süs durchziehen und große Tätigkeiten entfalten, um dort wirtschaftliche Interessen zu schaffen. Ich habe aber nichts erfahren, daß sie belästigt worden wären. Vielleicht handelt es sich nur um ein einfaches Mißverständnis. Ich weiß, daß eine Unterhaltung über diesen Gegenstand zwischen Paris und Berlin im Gange ist, und ich vertraue auf Frankreich, daß es meine durch den Agadir-Vertrag bestätigten Rechte zur Geltung bringen wird. An diesem Vertrag halte ich ebenso unabänderlich fest, wie Frankreich selbst. Bald wird nichts dem Abzug Ihrer Truppen alldmächtig geschieht und man mir die Mittel und die nötigen Anstruktoren zur Bildung eines kleinen marokkanischen Heeres liefert, das stark genug sein würde, um die durch Ihre Soldaten hergestellte Ordnung aufrecht zu erhalten. Wegen all dieser Reformen rufe ich nochmals die Hilfe Frankreichs an und bin, wie vor drei Monaten, überzeugt, daß es gegen mein Bitten nicht taub sein wird".

**Opfer des Militarismus.** In Alt-Bunzlau (Böhmen) finden gegenwärtig auf dem Truppenübungsplatz militärische Übungen des 7. Dragoner-Regiments statt. Am Mittwoch fiel bei einem scharfen Ritt ein Pferd in der ersten Reihe zu Boden und begrub den Reiter unter sich. In wenigen Augenblicken lagen ungefähr 20 Pferde und 30 Soldaten in einem großen Kränkel am Boden. Die übrigen Soldaten ritten über sie hinweg. Ungefähr 20 Soldaten sind verletzt und soweit diese Verletzungen schwerer Natur sind, wurden sie in das Militär-Hospital nach Brarbeits an der Elbe überführt.

**Keine Ueberdreadnoughts mehr?** Auf Grund der jüngsten Beratungen des Kommissars der Marine-Architekten hat die englische Admiralität beschlossen, den Bau der Ueberdreadnoughts aufzugeben und in Zukunft nur Panzerschiffe von 18 bis 20.000 Tonnen Rauminhalt zu bauen. Als Ursache dieser Aenderung wird angegeben, daß die schweren Geschütze, welche sich an Bord der Ueberdreadnoughts befinden, nicht voll ausgenutzt werden können und daß mithin nur ein Teil dieser Schiffe praktisch ausgenutzt werden kann. Außerdem ist auch der enorme Kostenpreis ausschlaggebend gewesen, sowie die Tatsache, daß durch den eventuellen Verlust einer solchen Einheit im Kriegsfalle zu viel auf dem Spiele stehe. Die Sache liegt nicht sehr glaubhaft, denn solchen vernünftigen Erwägungen pflegen die Waffenmilitaristen nicht zugänglich zu sein.

**Das Versicherungsrecht im englischen Unterhause.** Die am Mittwoch begonnene Sitzung dehnte sich bis Donnerstag früh 5 1/2 Uhr aus, weil die Arbeiterpartei lebhaften Einspruch erhob gegen die Annahme des § 11 des Versicherungsrechts, der bestimmt, daß Personen, die nach dem Arbeiterentschädigungsgesetz und ähnlichen Bestimmungen Entschädigungen erhalten, nach dem Versicherungsrecht keinerlei Zahlungen erhalten sollen. Der Vertreter der Arbeiterpartei Ramsay Mac Donald erklärte, die Arbeiterpartei stehe vor dem Entschluß, das Gesetz überhaupt abzulehnen, falls ihre Vorschläge auch weiterhin ständig zurückgewiesen werden sollten. Lloyd George erklärte: "Wenn Sie dieses Gesetz zu Fall bringen, so übernehmen Sie eine Verantwortung, die ich nicht mit Ihnen teilen mag. Der § 11 wurde darauf mit 99 gegen 23 Stimmen angenommen."

**Südafrika als das Paradies des Kapitalismus.** Nirgends in der Welt, sagt Crawford, ist eine vorzüglichere Grundlage für industrielle Entwicklung vorhanden: die 6-7 Millionen Schwarzen bilden die billigste Arbeitskraft, die (bei sehr hohen Warenpreisen) zu etwa 2 Mark den Tag in der Industrie, für die Hälfte in der Landwirtschaft zu haben ist. Dazu ist Kohle im Ueberflusse und zum Preise von etwas über 4 Mark die Tonne zu kaufen. Dazu die gewaltigen Gold- und Diamantlager. Außerdem sind die gewaltigen Wasserkräfte der Welt in den in Rhodesia, nahe Transvaal, gelegenen Viktoriastellen vorhanden. Es besteht bereits eine Viktoriastrom-Gesellschaft mit einem Kapital von zunächst 125 Millionen Mark, die diese Kraft monopolisiert. "In Südafrika ist die billigste Kraft der Welt, betrieben von der billigsten Arbeit und organisiert in dem vollkommensten Monopol der Welt unter einer Regierung, die völlig im Interesse des monopolisierten Kapitals ausgeht. Das Volk von Südafrika schimpft aber nicht über die Trübsal. Sie werden als wirtschaftliche Werkzeuge der Produktion angesehen und gefördert durch die Gesetzgebung. Dieses gibt aber auch dem Volke das Recht, nach 20 Jahren den Truß auszusuchen. Eine weitere Vorbedingung ist, daß der Gewinn nicht höher sein darf als 10 Prozent. Der Mehrertrag wird den Komunikanten zurückerstattet. Die Sozialisten Südafrikas betrachten die Entwicklung der Trübsal mit Ruhe die Zeit erwartend, wo es ihre Aufgabe sein wird, die Trübsal zu enteignen."

**Neue Auslandsnachrichten.** Wegen revolutionärer Umtriebe hat in der letzten Nacht die Geheimpolizei in Kiew dreißig Verhaftungen und zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen. Im portugiesischen Bezirke Gutierrez kam es neuerdings zu Zusammenstößen zwischen Volk und Militär, als bei einer Festlichkeit das Volk Hochrufe auf Kirche, Religion und Monarchie ausbrachte. Das Volk wollte gewaltiam die neue Fahne entfernen. Es wurden Schüsse und Steinwürfe gewechselt. Mehrere Verwundungen kamen vor. Nach Coimbra gingen Infanterie der Studentenkompanie 100 Mann Infanterie und Kanallerie. Nach der Meinung des Abgeordneten Abreu sind in Coimbra weitere Unruhen zu erwarten. Die Stadt Kap Haitien ist von den Revolutionären eingenommen worden. Es wird geplündert. Die Generäle, die sich der Revolution widersetzen, Nichtsteilen in die Konjunktur. Der französische Konsul wurde, als er die Lokalbehörden um Schutz bat, leicht verwundet.

## Parteiangelegenheiten.

**Faures auf Reisen.** Der französische Genosse Faures ist in Lissabon eingetroffen. Er wird angeblich von hier nach Brasilien und Argentinien weiter reisen. In beiden Ländern wird er eine Rundfahrt unternehmen und in den großen Städten Vorträge über den Sozialismus halten.

**Parteiabdelegation.** Zum Parteitag in Jena wurde durch Urabstimmung im Kreise Dagen-Schwelm Genosse Konrad Ludwig Dagen und Genossin Dr. Rosa Luxemburg-Friedenau mit 513 respektive 454 von 638 abgegebenen Stimmen als Delegierte gewählt.

**Sozialdemokratische Redakteure im Gefängnis.** Genosse Heise vom Eickendorfer Volksboten verblüht jetzt eine Gefängnisstrafe von vier Monaten in der Strafanstalt in Stargard in Pommern. Auf seinen Antrag wurde ihm Selbstbestätigung und Selbstbeschäftigung gewährt, auch darf er eigene Kleidung und Schuhe, sowie seine Taschenuhr tragen. Als Zeitsünde sind ihm außer verbliebenen Stunden, die er im Gefängnis hat, die "Sozialzeitung" und das "Berliner Tageblatt" gestattet worden.

## Aus Oberschlesien.

### Die betäubten Kohlerber.

Generalegerichtswahlen. Dienstag Nachmittag wurden in der königlichen Hütte die Vertreter der Arbeitnehmer für die Gewerbebehörde gewählt. Zum ersten Mal hatten die katholischen Arbeitervereine eine eigene Liste aufgestellt, von der drei Mann durchgebracht wurden. Es wurden im ganzen 771 Stimmen abgegeben, so daß das Mittel für einen Vertreter 80 beträgt. Die Liste der katholischen Arbeitervereine erhielt 258 Stimmen, demnach drei Vertreter: Bader, Bentzschel und Bialas; die Sozialdemokraten erhielten 320 Stimmen und damit fünf Vertreter: Klose, Knoch, Meyer, Peder und Zierich; die Liste der polnischen Berufsvereinigungen erhielt 97 Stimmen und damit einen Vertreter: Durainst.

In dieser satonischen Kürze teilt der hierische "Kurier" seinen Lesern das Ergebnis der königlichen Gewerbegerichts-wahlen mit. Das Schwere, das nun einmal dem Zentrum in Fleisch und Blut übergegangen ist, kommt da sofort zum Vorschein, denn die Behauptung, daß die Facharbeiter sich zum ersten Mal an der Wahl beteiligten, ist bereits unwahr. Dabei ist, daß diese Herrschaften immer dabei sein wollten, nur durch Einreichung unvollständiger Vorschlagslisten bisher jedesmal fast gestört wurden.

Nun erst die diesmaligen Wahlen. Wochentag arbeiteten die Schwarzen in Verksamungen, sogar die Anzahl soll bemerkt worden sein. Alle Gehele — unterstützt von den Unternehmern — wurden angewandt, um die "Noten" auszuzuwählen. Das Tolle aber leistete sich der "Kurier", der Aufforderungen, Sinnesvolle usw. zur Wahl brachte, und Tag für Tag in der gemeinsamen Weise die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie mit Schmutz bedeckte. Und nun das Ergebnis. Wäre nicht der Proporz, dann wären die Facharbeiter und die Nationalpolen, die an Demokratie auf gleicher Höhe stehen, einfach leer abgezogen. Die "Noten" aber, die nach der Behauptung des "Kuriers" immer mehr zurückgehen, hätten den Sieg davongetragen, genau wie bei der Krankenassenwahl, wo bei der zweiten Auflage die Niederlage der Schwarzen noch vernichtender sein würde.

Die Wahl hat wieder bewiesen, daß die Arbeiterschaft zu erwachen beginnt und den Demagogen nationall-politischen und zentralistischen Couleur den Rücken kehrt. Ebenso erfolgreich wie der Wahlausfall, auf den unsere königshütten Genossen stolz sein können, ist die Tatsache, daß die Arbeiterschaft auf die Verlesungen, die vom Zentrum und den Nationalpolen gegen sie gemacht werden, nichts mehr gibt. Der Ausspruch eines Diktors Bergmanns, der so lautet: "Seit dem mein Wirt den "Kurier" hält, ist es kein Blatt mehr", scheint allgemeine Ansicht zu werden, und damit können wir zufrieden sein.

### Eine mörderische Statistik.

Im Jahre 1910 sind im Oberbergamtsbezirk Breslau, wie bereits an anderer Stelle berichtet, folgende Unfälle vorgekommen: 287 Unfälle enden mit sofortigen Tod. Schwer verletzt mit länger als vierwöchentlicher Krankheitsdauer wurden 4582 Personen, davon waren 770 länger als ein Vierteljahr krank. Tödliche Unfälle ereigneten sich 241, davon 214 unter Tage im oberbergschlesischen Industriebezirk. In den übrigen Bergrevieren, Ratibor, Waldenburg, Görlitz und Posen kamen 34 Todesunfälle vor.

Die ganze Statistik zeigt, wie in Oberschlesien mit der Arbeiterschaft Raubbau getrieben wird. Rechnet man nun die Zahlen aller Verletzten, auch der in der Eisenindustrie und sonstigen Berufen, so ergibt sich, daß mindestens jeder zehnte Mann verunglückt ist. Hier wird erst Besserung eintreten, wenn die Arbeiter in den freien Gewerkschaften organisiert sein werden.

**Neustadt O.S., 21. Juli.** Ferienfreude und Kinder ausbeutung. In allen Variationen preisen die Winkeltischen die goldene Ferienzeit der glücklichen Jugend. Soweit dies die Jugend der besitzenden Klassen angeht, mag, wäre dem wohl beizufügen. Die Proletarierjugend wurde aber oft schon zwei bis drei Wochen vor den Ferien von der Schule zurückgehalten, um auf den Ribensfeldern der Agrarier zu säen und zu schuften, wie dies gegenwärtig auf dem fast unübersehbaren Terrain der Buchelsdorfer Zuckerfabrik bei Neustadt O.S. geschieht, wo mehr als 40 Paar solcher Kinderhände von 2 bis 6 Uhr nachmittags ununterbrochen täglich beschäftigt werden und ein mit einem Stock versehener Vogt streng darüber wacht, daß die Kleinen sich nicht einmal aufzurichten wagen. Wie zuträglich solche Tätigkeit den jugendlichen Körpern sein soll, darüber wissen mancherlei Gelehrte vieles zu schreiben. Es bleibt aber doch eine goldene Ferienzeit.

**Laurahütte, 21. Juli.** Oberbergschlesische Hochzeitfeier. In eine verlichtigte Schlägersfamilie in Laurahütte heiratete dieser Tage ein Gültenschiefer. Nicht lange dauerte die Gemütslichkeit, bald geriet der Bruder der Braut mit dem Bräutigam in Streit, wobei der Lehmann über zugerichtet wurde. Der Vermisste verlor dabei auch ein Auge.

**Laurahütte, 21. Juli.** Ein bedeutender Einbruchsdiebstahl wurde in ein Konsumwarenhaus in Mackersdorf verübt. Die Räuber plünderten das Warenlager total und konnten unter Mitnahme bedeutender Warenbestände unerkannt entkommen. Die Spur führte nach Waingau, wurde aber dann verloren.

**Königsbütte, 21. Juli.** Oberbergschlesische Kulturbild. Der Sohn eines Invaliden G. war in betrunkenem Zustande heimgekehrt und zerlichung Wilder, ging mit einem Packmesser auf den Vater los, der entflo, warf mit Kochtöpfen um sich und ergriff endlich ein Küchenbeil, mit welchem er auf den Polizeibeamten, der zu Hilfe herbeieilte, einschlagen wollte. Dem Würche wurde mit vieler Mühe festgenommen.

## Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. G. Nikolaid. 1. Eine Unterchrift mit Briefkopf ist nach dem Gesetz auch gültig. 2. u. 3. Die Abbestellung würde in diesem Falle nur zulässig sein, wenn der Besteller noch nicht 21 Jahre wäre. 4. Ja, die Annahme kann hier verweigert werden, wenn der Besteller minderjährig ist. H. Fellhammer. Es ist geradezu ungeheuerlich, daß noch nicht 14 Jahre alte Arbeiter zur Gemeindesteuer verpflichtet werden; aber nach dem Gesetz ist das erlaubt. S. Ohlau. 1. In die Verwaltung der Städtischen Straßenbahn in Breslau II, Lohsestraße. 2. So viel wir wissen, nicht. 3. Das Fahrpersonal bei der Städtischen Straßenbahn bekommt einen Aufschlaglohn von monatlich 75 Mark, gute Führer erhalten eine Zulage. H. Ohlau. Die Wählerliste kann nach § 20 der Städteordnung von jedem Mitgliede der Stadtgemeinde eingesehen werden. Damit ist klar genug gesagt, daß man nicht nur nachsehen kann, ob man selbst in der Liste steht, sondern ob auch andere Wähler eingetragen sind. Der Beamte, der sich weigert, das zu erlauben, handelt ungesetlich. Das Durchblättern der Liste nach dem Namen der Wähler ist dagegen bei formalem Andrange Sache des Beamten. P. C. 1879. 1. u. 2. Die Wähler bekommen Sie in der Suchanfrage der Volkswacht; das erste kostet 3 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Kretsch. — Redaktion und Druckerei: Wochentags 7. — Druck von Otto G. — Druck von 21. G. — Druck von 21. G. — Druck von 21. G.



**Herren-Abteilung: Damen-Abteilung:**

**Braune Schnürstiefel** 6,95  
amerikanische Fassung mit Lackkappe

**Boxleder u. Chevrolin** 7,90  
Schnür-, Zug- u. Schnallstiefel mit u. ohne Lack

**Wichsleder** 4,65  
Schnür-, Zug- u. Schnallstiefel, sehr haltbar

**Moderne Schnürstiefel** 5,90  
schlanke u. breite Form, mit und ohne Lack

**Braune Schnürstiefel** 6,45  
Hübsche schlanke Form, moderne Farben

**Goodyear-Welt-Stiefel** 7,90  
echt Chereaux

Samstag — Sonntag — Montag

**3 billige Volks-Tage**

für **Schuhwaren.**

**Zaucher**

G. m. b. H.

**15 Reusche-Strasse 15**

Ecke Reuschen-Ohle. 3814

**Kinder-Abteilung:**

**Gute haltb. Schnürstiefel** 1,35  
31-35 3.25, 27-30 2.65, 25-26 2.50, 23-24 2.25, 18-22

**Boxleder- u. Chevrolin-Schnürstiefel** 1,65  
Natur-Formen  
31-35 3.50, 27-30 4.90, 25-26 3.50, 23-24 2.90, 18-22

**Braune Schnürstiefel** 1,45  
i. hübsch. Natur-Formen sow. m. braun u. schwarz Lack, hochelegant  
31-35 4.00, 27-30 4.60, 25-26 3.50, 23-24 2.90, 18-22

**Sandalen** von 2,40 an

**Turnschuhe** von 1,50 an

**Jute-Pantoffel** 2,80

**Plusch-Pantoffel** 4,45  
43-47 65, 36-42 55, 27-35

**Leder-Spaangenschuhe** von 2,65 an

**Leder-Hausschuhe** 1,95  
36-42 schwarz u. braun

**Cord-Hausschuhe** 65  
43-47 1.10, 36-42 95, 30-35 75, 25-25

**Sommer-Theater (Lieblich Etabl.)**

Scène: Freitag, den 21. Juli: „Am letzten Male“

**Das Leutnantliedchen**

Scène: in 3 Akten v. J. Eimer. Anfang 8 Uhr.

Im Garten: **Gr. Konzert.**

**Viktoria-Theater**

Die Venedigerische Revue

**Bei uns in Breslau**

Anfang 8 u. 7—8 Konzerte.

Im Garten: **Nichtraucher-Abend.**

**Zeltgarten**

Schon wieder ganz neues Programm

**11**

Attraktionen.

Entree 10 Pfg.

**Palmengarten.**

Wiener Damen-Orchester

Bedienung im **Sojetrod**

Entree frei.

**Skala**

Sommer-Theater

Nikolaistrasse 27.

Täglich abends 8 1/2 Uhr:

**Die schwarze Hand**

Scène mit Gesang und Tanz.

Samstag, nachm. 4 1/2 Uhr: Kleine Scène.

**Das Warenhaus-Fräulein**

Illustriert.

Verf. v. R. v. R. v. R. v. R.

**Wohlfeil irrlisch Möbel**

ecelle und gute

kaufen will, kommt nur zu [3276]

**Siegfried Brieger**

Rapperschmidestraße 24.

Gründet 1852. Telefon 9177

Zahlung nach Vereinbarung.

Reiseführer gratis und franco.

**3 bis 4 tüchtige, nüchternere Ofenheizer**

welche saubere und durable Ofenheizer liefern, finden bald Beschäftigung bei

**Carl Reimann & Sohn**

Elektroabteil

Ober-Waldenburg i. Schl.

**Gesucht**

**Radfahrer als Vertreter**

für alle Gegenden Deutschlands, welche fleißig und gesund sind, um mit ihrem eigenen Zweirad in einem ihnen zuzuteilenden Bezirk, wo ca. 1000 Familien wohnen, jeder Familie unsere Artikel feinste Margarine und vollfetten Margarine-Käse, von 1 Pfund an, wöchentlich frisch ins Haus zu bringen. Es wird angemessene Provision vergütet und ein Minimal-Einkommen von 150 Mk. monatlich garantiert, doch kann sich dieses bei genügendem Fleiß in wenigen Monaten auf den doppelten Betrag steigern. Offerten mit Angabe des Alters, bisherigen Lebenslaufs und Aufgabe von Referenzen und ob kausionsfähig an [3835]

**Altonaer Margarine-Werke**

Mohr & Co., G. m. b. H., Altona-Ottensen.

**Tüchtige Näherinnen**

Damen-Konfektion f. 1/2 m. h. bei

Städt. Hofenstraße 75, L. 3816

**Tüchtige Semmelbäcker** mehrer h. bei

Städt. Hofenstraße 17, Bäckerei 3808

**Viktoria-Bäckerei** m. Fertigung f. h. bei

Städt. Hofenstraße 26, IV. 3809

**Barbierstube**

Städt. Hofenstraße 1

**Grus** 30, 60, 90, 100 stets da

m. Heissl. präp. f. Ripp. 25 hell Dely. 1.50, 2.50, 3.40, Sandhl. 4 M. gross. Carn. 1.40—1.50, Demgo. M. 1.10, entr. am. Einlg. 1.55, La Pfalz. Umbl. (seit 1869) Kammer. Frd. W. H. Str. 2.

**Frische Wildenten**

fr. am L. 1.00, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50, 4.00, 4.50, 5.00, 5.50, 6.00, 6.50, 7.00, 7.50, 8.00, 8.50, 9.00, 9.50, 10.00, 10.50, 11.00, 11.50, 12.00, 12.50, 13.00, 13.50, 14.00, 14.50, 15.00, 15.50, 16.00, 16.50, 17.00, 17.50, 18.00, 18.50, 19.00, 19.50, 20.00, 20.50, 21.00, 21.50, 22.00, 22.50, 23.00, 23.50, 24.00, 24.50, 25.00, 25.50, 26.00, 26.50, 27.00, 27.50, 28.00, 28.50, 29.00, 29.50, 30.00, 30.50, 31.00, 31.50, 32.00, 32.50, 33.00, 33.50, 34.00, 34.50, 35.00, 35.50, 36.00, 36.50, 37.00, 37.50, 38.00, 38.50, 39.00, 39.50, 40.00, 40.50, 41.00, 41.50, 42.00, 42.50, 43.00, 43.50, 44.00, 44.50, 45.00, 45.50, 46.00, 46.50, 47.00, 47.50, 48.00, 48.50, 49.00, 49.50, 50.00, 50.50, 51.00, 51.50, 52.00, 52.50, 53.00, 53.50, 54.00, 54.50, 55.00, 55.50, 56.00, 56.50, 57.00, 57.50, 58.00, 58.50, 59.00, 59.50, 60.00, 60.50, 61.00, 61.50, 62.00, 62.50, 63.00, 63.50, 64.00, 64.50, 65.00, 65.50, 66.00, 66.50, 67.00, 67.50, 68.00, 68.50, 69.00, 69.50, 70.00, 70.50, 71.00, 71.50, 72.00, 72.50, 73.00, 73.50, 74.00, 74.50, 75.00, 75.50, 76.00, 76.50, 77.00, 77.50, 78.00, 78.50, 79.00, 79.50, 80.00, 80.50, 81.00, 81.50, 82.00, 82.50, 83.00, 83.50, 84.00, 84.50, 85.00, 85.50, 86.00, 86.50, 87.00, 87.50, 88.00, 88.50, 89.00, 89.50, 90.00, 90.50, 91.00, 91.50, 92.00, 92.50, 93.00, 93.50, 94.00, 94.50, 95.00, 95.50, 96.00, 96.50, 97.00, 97.50, 98.00, 98.50, 99.00, 99.50, 100.00, 100.50, 101.00, 101.50, 102.00, 102.50, 103.00, 103.50, 104.00, 104.50, 105.00, 105.50, 106.00, 106.50, 107.00, 107.50, 108.00, 108.50, 109.00, 109.50, 110.00, 110.50, 111.00, 111.50, 112.00, 112.50, 113.00, 113.50, 114.00, 114.50, 115.00, 115.50, 116.00, 116.50, 117.00, 117.50, 118.00, 118.50, 119.00, 119.50, 120.00, 120.50, 121.00, 121.50, 122.00, 122.50, 123.00, 123.50, 124.00, 124.50, 125.00, 125.50, 126.00, 126.50, 127.00, 127.50, 128.00, 128.50, 129.00, 129.50, 130.00, 130.50, 131.00, 131.50, 132.00, 132.50, 133.00, 133.50, 134.00, 134.50, 135.00, 135.50, 136.00, 136.50, 137.00, 137.50, 138.00, 138.50, 139.00, 139.50, 140.00, 140.50, 141.00, 141.50, 142.00, 142.50, 143.00, 143.50, 144.00, 144.50, 145.00, 145.50, 146.00, 146.50, 147.00, 147.50, 148.00, 148.50, 149.00, 149.50, 150.00, 150.50, 151.00, 151.50, 152.00, 152.50, 153.00, 153.50, 154.00, 154.50, 155.00, 155.50, 156.00, 156.50, 157.00, 157.50, 158.00, 158.50, 159.00, 159.50, 160.00, 160.50, 161.00, 161.50, 162.00, 162.50, 163.00, 163.50, 164.00, 164.50, 165.00, 165.50, 166.00, 166.50, 167.00, 167.50, 168.00, 168.50, 169.00, 169.50, 170.00, 170.50, 171.00, 171.50, 172.00, 172.50, 173.00, 173.50, 174.00, 174.50, 175.00, 175.50, 176.00, 176.50, 177.00, 177.50, 178.00, 178.50, 179.00, 179.50, 180.00, 180.50, 181.00, 181.50, 182.00, 182.50, 183.00, 183.50, 184.00, 184.50, 185.00, 185.50, 186.00, 186.50, 187.00, 187.50, 188.00, 188.50, 189.00, 189.50, 190.00, 190.50, 191.00, 191.50, 192.00, 192.50, 193.00, 193.50, 194.00, 194.50, 195.00, 195.50, 196.00, 196.50, 197.00, 197.50, 198.00, 198.50, 199.00, 199.50, 200.00, 200.50, 201.00, 201.50, 202.00, 202.50, 203.00, 203.50, 204.00, 204.50, 205.00, 205.50, 206.00, 206.50, 207.00, 207.50, 208.00, 208.50, 209.00, 209.50, 210.00, 210.50, 211.00, 211.50, 212.00, 212.50, 213.00, 213.50, 214.00, 214.50, 215.00, 215.50, 216.00, 216.50, 217.00, 217.50, 218.00, 218.50, 219.00, 219.50, 220.00, 220.50, 221.00, 221.50, 222.00, 222.50, 223.00, 223.50, 224.00, 224.50, 225.00, 225.50, 226.00, 226.50, 227.00, 227.50, 228.00, 228.50, 229.00, 229.50, 230.00, 230.50, 231.00, 231.50, 232.00, 232.50, 233.00, 233.50, 234.00, 234.50, 235.00, 235.50, 236.00, 236.50, 237.00, 237.50, 238.00, 238.50, 239.00, 239.50, 240.00, 240.50, 241.00, 241.50, 242.00, 242.50, 243.00, 243.50, 244.00, 244.50, 245.00, 245.50, 246.00, 246.50, 247.00, 247.50, 248.00, 248.50, 249.00, 249.50, 250.00, 250.50, 251.00, 251.50, 252.00, 252.50, 253.00, 253.50, 254.00, 254.50, 255.00, 255.50, 256.00, 256.50, 257.00, 257.50, 258.00, 258.50, 259.00, 259.50, 260.00, 260.50, 261.00, 261.50, 262.00, 262.50, 263.00, 263.50, 264.00, 264.50, 265.00, 265.50, 266.00, 266.50, 267.00, 267.50, 268.00, 268.50, 269.00, 269.50, 270.00, 270.50, 271.00, 271.50, 272.00, 272.50, 273.00, 273.50, 274.00, 274.50, 275.00, 275.50, 276.00, 276.50, 277.00, 277.50, 278.00, 278.50, 279.00, 279.50, 280.00, 280.50, 281.00, 281.50, 282.00, 282.50, 283.00, 283.50, 284.00, 284.50, 285.00, 285.50, 286.00, 286.50, 287.00, 287.50, 288.00, 288.50, 289.00, 289.50, 290.00, 290.50, 291.00, 291.50, 292.00, 292.50, 293.00, 293.50, 294.00, 294.50, 295.00, 295.50, 296.00, 296.50, 297.00, 297.50, 298.00, 298.50, 299.00, 299.50, 300.00, 300.50, 301.00, 301.50, 302.00, 302.50, 303.00, 303.50, 304.00, 304.50, 305.00, 305.50, 306.00, 306.50, 307.00, 307.50, 308.00, 308.50, 309.00, 309.50, 310.00, 310.50, 311.00, 311.50, 312.00, 312.50, 313.00, 313.50, 314.00, 314.50, 315.00, 315.50, 316.00, 316.50, 317.00, 317.50, 318.00, 318.50, 319.00, 319.50, 320.00, 320.50, 321.00, 321.50, 322.00, 322.50, 323.00, 323.50, 324.00, 324.50, 325.00, 325.50, 326.00, 326.50, 327.00, 327.50, 328.00, 328.50, 329.00, 329.50, 330.00, 330.50, 331.00, 331.50, 332.00, 332.50, 333.00, 333.50, 334.00, 334.50, 335.00, 335.50, 336.00, 336.50, 337.00, 337.50, 338.00, 338.50, 339.00, 339.50, 340.00, 340.50, 341.00, 341.50, 342.00, 342.50, 343.00, 343.50, 344.00, 344.50, 345.00, 345.50, 346.00, 346.50, 347.00, 347.50, 348.00, 348.50, 349.00, 349.50, 350.00, 350.50, 351.00, 351.50, 352.00, 352.50, 353.00, 353.50, 354.00, 354.50, 355.00, 355.50, 356.00, 356.50, 357.00, 357.50, 358.00, 358.50, 359.00, 359.50, 360.00, 360.50, 361.00, 361.50, 362.00, 362.50, 363.00, 363.50, 364.00, 364.50, 365.00, 365.50, 366.00, 366.50, 367.00, 367.50, 368.00, 368.50, 369.00, 369.50, 370.00, 370.50, 371.00, 371.50, 372.00, 372.50, 373.00, 373.50, 374.00, 374.50, 375.00, 375.50, 376.00, 376.50, 377.00, 377.50, 378.00, 378.50, 379.00, 379.50, 380.00, 380.50, 381.00, 381.50, 382.00, 382.50, 383.00, 383.50, 384.00, 384.50, 385.00, 385.50, 386.00, 386.50, 387.00, 387.50, 388.00, 388.50, 389.00, 389.50, 390.00, 390.50, 391.00, 391.50, 392.00, 392.50, 393.00, 393.50, 394.00, 394.50, 395.00, 395.50, 396.00, 396.50, 397.00, 397.50, 398.00, 398.50, 399.00, 399.50, 400.00, 400.50, 401.00, 401.50, 402.00, 402.50, 403.00, 403.50, 404.00, 404.50, 405.00, 405.50, 406.00, 406.50, 407.00, 407.50, 408.00, 408.50, 409.00, 409.50, 410.00, 410.50, 411.00, 411.50, 412.00, 412.50, 413.00, 413.50, 414.00, 414.50, 415.00, 415.50, 416.00, 416.50, 417.00, 417.50, 418.00, 418.50, 419.00, 419.50, 420.00, 420.50, 421.00, 421.50, 422.00, 422.50, 423.00, 423.50, 424.00, 424.50, 425.00, 425.50, 426.00, 426.50, 427.00, 427.50, 428.00, 428.50, 429.00, 429.50, 430.00, 430.50, 431.00, 431.50, 432.00, 432.50, 433.00, 433.50, 434.00, 434.50, 435.00, 435.50, 436.00, 436.50, 437.00, 437.50, 438.00, 438.50, 439.00, 439.50, 440.00, 440.50, 441.00, 441.50, 442.00, 442.50, 443.00, 443.50, 444.00, 444.50, 445.00, 445.50, 446.00, 446.50, 447.00, 447.50, 448.00, 448.50, 449.00, 449.50, 450.00, 450.50, 451.00, 451.50, 452.00, 452.50, 453.00, 453.50, 454.00, 454.50, 455.00, 455.50, 456.00, 456.50, 457.00, 457.50, 458.00, 458.50, 459.00, 459.50, 460.00, 460.50, 461.00, 461.50, 462.00, 462.50, 463.00, 463.50, 464.00, 464.50, 465.00, 465.50, 466.00, 466.50, 467.00, 467.50, 468.00, 468.50, 469.00, 469.50, 470.00, 470.50, 471.00, 471.50, 472.00, 472.50, 473.00, 473.50, 474.00, 474.50, 475.00, 475.50, 476.00, 476.50, 477.00, 477.50, 478.00, 478.50, 479.00, 479.50, 480.00, 480.50, 481.00, 481.50, 482.00, 482.50, 483.00, 483.50, 484.00, 484.50, 485.00, 485.50, 486.00, 486.50, 487.00, 487.50, 488.00, 488.50, 489.00, 489.50, 490.00, 490.50, 491.00, 491.50, 492.00, 492.50, 493.00, 493.50, 494.00, 494.50, 495.00, 495.50, 496.00, 496.50, 497.00, 497.50, 498.00, 498.50, 499.00, 499.50, 500.00, 500.50, 501.00, 501.50, 502.00, 502.50, 503.00, 503.50, 504.00, 504.50, 505.00, 505.50, 506.00, 506.50, 507.00, 507.50, 508.00, 508.50, 509.00, 509.50, 510.00, 510.50, 511.00, 511.50, 512.00, 512.50, 513.00, 513.50, 514.00, 514.50, 515.00, 515.50, 516.00, 516.50, 517.00, 517.50, 518.00, 518.50, 519.00, 519.50, 520.00, 520.50, 521.00, 521.50, 522.00, 522.50, 523.00, 523.50, 524.00, 524.50, 525.00, 525.50, 526.00, 526.50, 527.00, 527.50, 528.00, 528.50, 529.00, 529.50, 530.00, 530.50, 531.00, 531.50, 532.00, 532.50, 533.00, 533.50, 534.00, 534.50, 535.00, 535.50, 536.00, 536.50, 537.00, 537.50, 538.00, 538.50, 539.00, 539.50, 540.00, 540.50, 541.00, 541.50, 542.00, 542.50, 543.00, 543.50, 544.00, 544.50, 545.00, 545.50, 546.00, 546.50, 547.00, 547.50, 548.00, 548.50, 549.00, 549.50, 550.00, 550.50, 551.00, 551.50, 552.00, 552.50, 553.00, 553.50, 554.00, 554.50, 555.00, 555.50, 556.00, 556.50, 557.00, 557.50, 558.00, 558.50, 559.00, 559.50, 560.00, 560.50, 561.00, 561.50, 562.00, 562.50, 563.00, 563.50, 564.00, 564.50, 565.00, 565.50, 566.00, 566.50, 567.00, 567.50, 568.00, 568.50, 569.00, 569.50, 570.00, 570.50, 571.00, 571.50, 572.00, 572.50, 573.00, 573.50, 574.00, 574.50, 575.00, 575.50, 576.00, 576.50, 577.00, 577.50, 578.00, 578.50, 579.00, 579.50, 580.00, 580.50, 581.00, 581.50, 582.00, 582.50, 583.00, 583.50, 584.00, 584.50, 585.00, 585.50, 586.00, 586.50, 587.00, 587.50, 588.00, 588.50, 589.00, 589.50, 590.00, 590.50, 591.00, 591.50, 592.00, 592.50, 593.00, 593.50, 594.00, 594.50, 595.00, 595.50, 596.00, 596.50, 597.00, 597.50, 598.00, 598.50, 599.00, 599.50, 600.00, 600.50, 601.00, 601.50, 602.00, 602.50, 603.00, 603.50, 604.00, 604.50, 605.00, 605.50, 606.00, 606.50, 607.00, 607.50, 608.00, 608.50, 609.00, 609.50, 610.00, 610.50, 611.00, 611.50, 612.00, 612.50, 613.00, 613.50, 614.00, 614.50, 615.00, 615.50, 616.00, 616.50, 617.00, 617.50, 618.00, 618.50, 619.00, 619.50, 620.00, 620.50, 621.00, 621.50, 622.00, 622.50, 623.00, 623.50, 624.00, 624.50, 625.00, 625.50,



Samstag, den 22. Juli 1911.

## Arbeiterbewegung.

### Eine Konferenz des Krankenpflege-, Massage- und Baderpersonals

Am 20. und 21. August im Gewerkschaftshaus in Berlin. Neben Vorträgen über das moderne Krankenpflege- und Badeswesen stehen zur Verhandlung die rechtliche Stellung und die Prüfungsbedingungen für dieses Personal, die Stellenvermittlung, sowie die wirtschaftliche Lage und die Organisation des Krankenpflege-, Massage- und Baderpersonals. Einberufen wird diese Konferenz vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der eine Sektion dieses Personals für das ganze Reich in sich schließt und für diese Berufsgruppe als spezielles Organ die „Sanitätswarte“ herausgibt. An Mitgliedern gehören der Organisation zurzeit rund 3000 an. 61 Delegierte werden 53 Verbände vertreten. Für die einzelnen Verhandlungsgegenstände sind gute Kenner der Verhältnisse als Redner gewonnen. Bedauerlicherweise hat man bisher, selbst in den Kreisen der organisierten Arbeiter, wenig Augenmerk auf die freigeberische Organisation dieses Personals gewandt, es ist vielfach angenommen worden, daß der christliche Verband und die sogenannten reinen Berufs- und Ständevereine, wie auch die religiösen Orden die eigentliche Vertretung dieses Personals seien und eine freie Organisation für sie überhaupt nicht bestehe. Dem ist jedoch nicht so, denn schon seit dem Jahre 1900 gehören dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter diese Berufsgruppen an. Im Jahre 1904 hat sich dann der frühere Zentralverband des Krankenpflege-, Massage- und Baderpersonals, der der General-Kommission ebenfalls angeschlossen war, mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter verschmolzen.

Im Jahre 1906 wurde schon in Mainz eine solche Konferenz abgehalten. Damals wie auch heute erlösen massenhafte Klagen über unmenslich lange, durch keine Pausen unterbrochene Arbeitszeiten, gänzlich unzureichende Befähigung, ungenügende Schlafgelegenheiten, schlechte Behandlung und Bezahlung. Die Öffentlichkeit und besonders die Arbeiterpresse wird daher dieser Konferenz ihre besondere Aufmerksamkeit schenken. Wenn sich das Krankenpflege-, Massage- und Baderpersonal in den Kreisen der leidenden Menschheit stellt, so mußte als selbstverständliche Voraussetzung für diese Berufsgruppe gelten, daß für sie menschenwürdige Existenzbedingungen geschaffen werden. Daraus wird die Organisation an erster Stelle berufen sein und die Öffentlichkeit, die organisierte Arbeitererschaft und ihre Presse wird hier der Organisation sicher helfend zur Seite stehen.

### Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe.

Der Unternehmerkampf trägt es jetzt in allen Ecken und Enden. Wenn es den Demagogikern der Führer des Arbeitgeberverbandes in der letzten allgemeinen Arbeitgeberversammlung auch gelang, wenigstens nach außen hin eine gewisse Einigkeit zu demonstrieren, so war schon am anderen Tage davon nichts mehr zu verspüren. Die Bauhändlermeister berieten da schon in ihren Besitzen den Plan, sich dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe als Korporation anzuschließen und aus dem Arbeitgeberverband auszutreten. Sie hatten deshalb bereits Verhandlungen eingeleitet. In einigen Berufsvereinigungen wurde bitter darüber Beschwerde geführt, daß der Schlichterband schon 4 Wochen keine „Streikunterstützung“ bezahlt. Der Gewerkschaft kann kein Geld mehr aufreiben. Da nun die vor der patriotischen Gesellschaft geführten Verhandlungen kein Resultat ergaben, ging die Gründung der neuen Arbeitgeberorganisation vor sich und zwar unter dem Namen „Arbeitgeberverein der Holzgewerbetreibenden in Hamburg und Umgegend“. Am 18. Juli fand eine erste Versammlung der Arbeitgeber statt; bis dahin schlossen sich rund 200 Unternehmer mit über 2000 Arbeitern dem Arbeitgeberverband an. Zu der Versammlung wurde eine Vertragskommission gewählt, die mit dem deutschen Holzgewerkschaftsverband sofort über den Abschluß eines Korporationsvertrages für Hamburg und Nachbarstädte verhandeln soll. Die Versammlung erklärte sich ausdrücklich mit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises einverstanden. Der Holzgewerkschaftsverband hat dem Arbeitgeberverein auf Anfrage erklärt, daß er bereit sei, mit demselben ein Vertragsverhältnis einzugehen. Inzwischen haben sich eine weitere Anzahl Arbeitgeber zum Abschluß von Einzelverträgen bereit erklärt. Wenn der Holzgewerkschaftsverband zunächst zögerte, solche noch zum Abschluß zu drängen, so beschloß jetzt eine Streikversammlung, mit maßgebenden Firmen auf diesem Wege abzuschließen. Am 15. Juli arbeiteten 1900 Holzarbeiter zu den neuen Bedingungen. Bis zu diesem Tage wurden für weitere 500 Beschäftigte Einzelverträge abgeschlossen, sodas gegenwärtig 2400 Holzarbeiter zu den neuen Bedingungen arbeiten. Es ist dieses rund die Hälfte der bei

der ganzen Bewegung in Frage kommenden Arbeiter, die in circa 330 Betrieben beschäftigt werden. Der Abschluß mit weiteren Firmen steht in Aussicht.

Der Arbeitgeberverband und auch der gelbe Holzarbeiterverband sind noch immer mit Hochdruck bestrebt, Arbeitswillige heranzuschaffen. In Berlin laufen gegenwärtig ein halbes Duzend Fächermeister herum und suchen die Verbergen nach solchen ab; auch der berühmte Kramar mit seinen Zuträgern hat seine Tätigkeit wieder begonnen. Außerdem wird in vielen Städten nach Streikbrechern inforiert. In den letzten Tagen sind auch eine große Anzahl Arbeitswilliger nach Hamburg geschleppt worden. Wenn diese auch den endgültigen Erfolg der Holzarbeiter nicht verhindern können, verzögert sich doch dadurch die Entscheidung. Die Hamburger Holzarbeiter bitten darum recht dringend, auf die Fernhaltung des Zwanges noch mehr Gewicht zu legen, wie dieses in den letzten zwei Wochen der Fall war.

**Erfolgreicher Brauereiarbeiterstreik.** Nach vierlätigen Streik erreichten die Arbeiter der Brauerei Lorenz Pannenberg in Herbst den Abschluß eines Tarifvertrages mit Lohnverbesserungen von 2-3 Mark pro Woche, eine halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit pro Tag, Bezahlung der siebenten Schicht und der Sonntagsarbeit, Urlaub ohne Lohnabzug von 3-4 Tagen und noch andere Verbesserungen. — Es ist das der erste Tarifvertrag in der Brauindustrie in Herbst, und dieser mußte erkämpft werden.

**Der Zustand der Baugewerksarbeiter in Paris** ist beklagenswert. Auf der Mehrzahl der Baustellen ist die Arbeit gestern wieder aufgenommen. Die Arbeiter betrachten sich aber keineswegs als befreit. Sie erklären, daß die Arbeitsbewegung auf der Straße zwar erleichtert sei, das aber die Bewegung in den Werkstätten weiter fortgesetzt werden wird. Die Arbeiter werden nicht länger als neun Stunden arbeiten und sich auch weigern, mit Auftragsarbeitern zusammen zu arbeiten.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Juli.

### Gedächtniskalender.

22. Juli.

1909 Der Dichter Dettler v. Ullrichen 4.

### Die Pflichten gegen die Familie.

Das Reichsgericht hat jetzt eine wichtige Entscheidung gefällt: Ein überdurchschnittlicher Ingenieur hatte in Breslau eine Anstellung mit 450 Mark Monatsgehalt gefunden und vereinbarte mit seinem Arbeitgeber, ihm monatlich nur 125 Mark als Gehalt auszuzahlen, den Rest aber seiner Frau zuzuwenden. Auf eine Klage der geschädigten Gläubiger erklärte das Landgericht und das Oberlandesgericht in Breslau die Vereinbarung für ungültig. Das Reichsgericht aber entschied, daß das Abkommen gültig sei, weil es zur Sicherung der Existenz seiner Familie geschlossen sei. Pflicht des Beklagten sei es in erster Linie, seine Familie zu ernähren. Sie gehe den Pflichten gegen die Gläubiger voran.

Wir sind mit diesem Urteil des Reichsgerichts durchaus einverstanden. Die heiligste Pflicht ist die des Ernährers gegen seine Familie, weshalb der Lohn vor Pfändung geschützt werden muß. Aber vor dem Lohne des Arbeiters, der meistens nicht zum notwendigsten ausreicht, haben oft die Behörden nicht die mindeste Achtung. Wir könnten an zahlreichen Fällen nachweisen, daß z. B. städtische Behörden wegen rückständiger Steuer die Lohnpfändung geradezu rücksichtslos betreiben, ohne an die Pflichten zu denken, die der Gepfändete als Ernährer einer Familie zu erfüllen hat.

Gewiß wird man erwidern, daß es ja gesetzlich erlaubt ist, sich wegen der Steuern an den Lohn zu halten. Darauf müssen wir aber antworten, daß der Lohn, der 1500 Mk. jährlich übersteigt, in allen Fällen gepfändet werden kann und trotzdem hat das Reichsgericht einen Vertrag für gültig er-

klärt, der den Gläubigen diesen Lohn entzieht. Wir sind der Meinung, daß mindestens die Behörden und Gerichte vor der Pfändung des Arbeitslohnes immer dann zurückschrecken sollten, wenn es sich nicht um die Elemente für Frauen und Kinder handelt. Im übrigen ist es auch dringend nötig, daß die Frage der Lohnpfändung vom Gesetzgeber neu geregelt wird, denn vieles ist da längst veraltet und zur Schreiendsten Ungerechtigkeit geworden.

### Die literale Kostenrechnung.

Der verantwortliche Redakteur der „Kattowitzer Zeitung“ ist in einem Prozeß, den die ober-schlesischen Krankenkassen gegen ihn angehängt hatten, zu einer Geldstrafe und der Tragung der Kosten verurteilt worden.

In der darauf präsentierten Kostennote fand sich nun eine Position mit 19 Pfennigen, die von dem nachrückenden Richter mit der Begründung abgelehnt worden ist: Rechtsanwalt und Anwalt hat keinen Anspruch auf Erklärung der Absicht, die Kosten sind daher von ihm einzuziehen.

Aber es kommt, so berichtet die „Kattowitzer Zeitung“, noch besser! Der Kattowitzer Richter in Preußen und der Reichsgraf Oberstabsarzt, sowie die „Schlesische Volkszeitung“ behandelten ihr großes Interesse an dem Prozeß, indem sie sich Abschriften geben ließen. Auf diese Weise in Höhe von 8,50 Mark hat der gemeinliche Anwalt der „Kattowitzer Zeitung“ gültig auf die Rechnung gesetzt. Das Königl. Amtsgericht Kattowitz hat aber auch diese Position gestrichen und zur Begründung angeführt:

„Der in den Positionen 2 angeführte Schriftwechsel ist rein privat, jedoch parteipolitisch. Die Anwaltskosten sind demnach nicht zu berücksichtigen.“

Der Privatkläger, Kattowitzer Rechtsanwalt, hat hierüber 33 Mark gezahlt, indem es hierzu bemerke: „Für zwei Termine in Kattowitz und einen Termin in Weiden erschienen noch 20 Mark und 3 Mark bei dem Präfekten des Privatklägers als 100 Mark bemessen.“

Im ganzen ist die Kostennote der Kläger und ihrer Anwälte auf Veranlassung des Königl. Amtsgerichtes um 55,75 Mark herabgesetzt worden. Das ist doch etwas sehr merkwürdig!

### Vom Streik der Konfektionschneider.

Die Kommissionen der Unternehmer und der Streikenden haben Donnerstagabend gemeinschaftlich verhandelt. Das Ergebnis der Beratungen wird heute Abend eine Versammlung der Schneider im „Drei-Kaiser-Saal“ auf der Gäßchenerstraße beschließen.

### Die gleichlose Elektrische nach Brockau.

Im April 1911 wurde gemeldet, daß ein alter Wunsch der Brockauer endlich erfüllt werden soll, eine Straßenbahn-Verbindung mit Breslau durch eine gleichlose elektrische Bahn. Es hat sich eine Gesellschaft gebildet, die der Bau und den Betrieb der neuen Bahn in die Hand nimmt und dafür sorgen will, daß sie bereits im Herbst 1911 eröffnet werden kann; als späterer Termin der Eröffnung ist im Vertrag zwischen der Gesellschaft und der Gemeinde Brockau der 1. Januar 1912 bestimmt. Ueber die Ausführung des Planes der gleichlosen Bahn werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Die G. m. b. H. „Gleichlose Bahn Brockau“ besteht aus fünf Gesellschaften. Es sind dies drei Gruppen von Grundbesitzern, und zwar die Handelsgesellschaft Sachs u. Söhne

## Stadtbahnelektrifizierung und Berliner Museen.

Die Stadtbahnelektrifizierung verzögert sich bekanntlich von Jahr zu Jahr, weniger durch die Schuld der Verwaltung als durch die Schwierigkeiten, die sich dem Objekt entgegenstellen. Die Elektrifizierung der Stadtbahn steht im engsten Zusammenhang und kann nicht erledigt werden ohne die Elektrifizierung der Vorortstraßen, und die ist wieder schwer lösbar, ohne sich im klaren zu sein über die Elektrifizierung der ganzen Vollbahnen auf jenen Strecken. Da sich zudem die Elektrotechnik in beständigem Fortschritt befindet, ist das Zögern der Eisenbahnverwaltung in dieser Hinsicht verständlich.

Doch einmal muß man daran gehen, und wenn man immer auf Besseres warten will, so wird man schließlich nie dazu kommen. Neuerdings sind nun auch von anderer Seite Vorstöße unternommen worden, die auf die Elektrifizierung der Stadtbahn hinielen. Sie kommen von einer Stelle, von der man sie nicht erwarten konnte. Der Generaldirektor der Königl. Museen verlangt die Abschaffung des Dampftriebes, weil die Raucherentwicklung angeblich die in den Museen aufgestellten Kunstschätze zerstöre. Dieser Vorwurf gegen die Eisenbahnverwaltung wird reichlich spät erhoben, denn man hätte, eben die Stadtbahn nicht auf die Museumsinsel setzen dürfen, denn beim Bau derselben konnte man ja bereits die zerstörenden Wirkungen des Rauches. Wenn dieses Argument jedoch das einzige sein sollte, so steht es auf recht schwachen Füßen, denn viel mehr als die Stadtbahn entwickeln doch wohl die Berliner Dampfbahnen und Fabriken Rauch. Will man etwa auch diese deshalb abschaffen? Dann würde viel eher zu erwägen sein, ob man nicht lieber die Museen nach Dahlem oder nach Wedding verlegen sollte. Mit den Rauchwirkungen durch die im Rauch enthaltenen schweflige Säure, welche durch den Luftaustausch in Schwefelsäure übergeht und ihre ätzenden und zerstörenden Wirkungen überall ausübt, wo sich atmosphärische Wasser ansammeln, müssen wir uns ja so lange abfinden, wie wir Steinkohlen brennen, und das dürfte immerhin noch beträchtliche Zeit dauern. Wir müssen daher auch die Zerstörungen mit in den Kauf nehmen, und die sind für unsere Architekturen nicht minder bedeutsam als für die Kunstschätze unserer Museen.

Mag man diesen Umständen immerhin eine erhebliche Bedeutung zumessen, so sind doch wohl die direkten sachlichen Zerstörungen noch ungleich wichtiger, also die Verkehrsbedürfnisse. Diese sollen entstehen, und deshalb ist vor allen Dingen zu wünschen, daß man endlich die Stadtbahnelektrifizierung in An-

satz genommen wird. Es ist in neuester Zeit berichtet worden, daß die Voruntersuchungen für das Projekt abgeschlossen seien. Es hieß dabei, daß ein völliger Umbau der Stadtbahn zu große Summen erforderte, um so größere, als während des Betriebes der Bahn nicht gestiftet werden dürfte. Aus diesem Grunde seien auch die Projekte einer zweiten Etage für einen neuen Bahnkörper fallen gelassen; man beachtete vielmehr, um die Prozedur recht schmerzlos zu gestalten, eine einfache Oberleitung anzubringen.

Daß diese Lösung durchgreifend genug ist, sie zu empfehlen, scheint doch recht zweifelhaft. Professor Reichels Untersuchungen haben ergeben, daß die Leistungsfähigkeit sich unter diesen Umständen auf 100 oder 125 Prozent steigern läßt. Das ist viel, aber doch auch nur für eine absehbare Zeit genug. Und dann wird die Katastrophe wieder da sein. Ein zweites Strecknetz dagegen, das für die Vorort- und Fernzüge gefordert werden könnte, würde die Leistungsfähigkeit ganz enorm zu steigern geeignet sein.

Eine andere Möglichkeit wäre noch die, an Stelle der jetzigen Stadtbahn eine Untergrundbahn zu bauen, die natürlich ebenfalls mehrtägig sein könnte. Sie befäße die Möglichkeit, ungehindert unter der Stadt hindurchzukommen, und dabei doch noch erhebliche Verbesserungen der Trasse an den ungünstigen Stellen (Friedrichstraße—Lehrter Bahnhof—Bellevue) bringen zu können. Die auf diese Weise oben frei werdenden Flächen dürften sich wohl so vorteilhaft verwerten lassen, daß sie einen großen Teil der Baukosten zu beden vermöchten. Damit der Bau den jetzigen Betrieb nicht stört, müßte er wie die „Tubes“, die fliegenden Röhrenbahnen in London, ausgeführt werden. — Auch die Museen würden dabei gut wegkommen. Es würde nicht nur die Museumsinsel ganz von den häßlichen Wäldchen befreit und Platz für weitere Bauten geschaffen werden, sondern auch die Beschäftigten dürften damit ein für allemal aus dem Wege geräumt werden. Felix Linke.

## Aus aller Welt.

### Fernflug der „Schwaben“ nach Ungarn.

Das kürzlich fertiggestellte neue Passagierluftschiff „Schwaben“, das in den letzten Tagen mehrere Aufstiege von zweistündiger Dauer in der Nachbarschaft des Bodensees ausgeführt hatte, ist gestern morgen um 7 Uhr 10 Minuten mit dem Grafen Zeppelin an Bord zur Fahrt nach Ungarn in Friedrichshafen aufgestiegen. Wegen eines großen Vorrats an Benzin, Del und Kalk hatte das Luftschiff nur acht Passagiere außer den drei Mann der Besatzung an Bord genommen. Die Ankunft des Luftschiffes in

Ungarn erfolgte 9 Uhr 45 Minuten. Das Luftschiff führte eine Rundfahrt über dem Bierwaldthaler See und der Stadt aus und wandte sich hierauf nach Zürich, wo es um 11 Uhr 30 Minuten eintraf. Die Weiterfahrt ging über Winterthur und Frauenfeld nach Konstanz und von da weiter nach Friedrichshafen zurück. Punkt 2 Uhr wurde es hier in die Halle gebracht. Am Montag soll das Luftschiff nach Baden-Baden überführt werden, von wo aus Passagierflüge unternommen werden sollen.

**Im Aeroplan über Berlin.** Der erste Heberanflug Berlins im Aeroplan durch den Aviatiker Alfred Dreyer am 23. Mai 1910 ist gestern früh die zweite Heberanflugung des bewährten Dreyer'schen Aeroplanes Berlins gefolgt. Der Flieger Albert Kupp stieg gegen 5 Uhr mit seinem Doppeldecker in Johannisthal auf, machte zunächst einige Proberunden und verließ dann um 5 Uhr 23 Minuten das Flugfeld in der Richtung nach Nordwesten. In einer Höhe von mehr als 280 Metern erreichte er Treptow, flog dann über das Schlesische Tor nach dem Alexanderplatz, dem Tiergarten, wo er die Siegestraße zweimal umkreiste, wandte sich schließlich nach dem Norden der Stadt und nahm von dort aus den Kurs nach dem Lustigsort zurück. In Johannisthal ging der Aviatiker, von dem man schon annahm, es sei ihm ein Unfall zugestoßen, nicht nieder, sondern flog in der Richtung nach Grünau weiter. In der Nähe von Königswusterhausen mußte Kupp jedoch nieder-gehen, da ihm Benzin fehlte.

**Bei Schießübungen ertrunken.** Der Kreuzer „Von der Tann“ in Kiel hatte in der letzten Nacht scharfe Schießübungen in „Toller Grund“ abgehalten. Nach Beendigung der Schießübung sollte die schwimmende Scheibe eingeholt werden. Hierzu wurden drei Dampfbaracken des Kreuzers herangezogen. Bei dieser Arbeit kenterte das Anzeigeboot, wahrscheinlich durch Unklarwerden der Schraube. Der Unfall wurde von der dem gefenterten Anzeigebote am nächsten befindlichen Dampfbaracke durch Leuchtsignale und Dampfpeifen dem Kreuzer „Von der Tann“ gemeldet, der die Scheinwerfer in Tätigkeit setzte. Hierdurch gelang es glücklicherweise, sieben Mann trotz des hohen Seeganges zu retten. Drei konnten jedoch nicht mehr gerettet werden und ertranken. Es sind dies der Obermatrose Coof, der nach kurzem vergeblichem Kampfe unmittelfach vor den Augen seines Kameraden, die auf Kiemeblänge an ihn herangekommen waren, in den Wellen verschwand und ertrank. Der zweite der drei Todesopfer war der Matrose Niemann aus dem Oldenburgischen und der dritte Matrose Günther aus Köln. Bisher gelang es nur, die Leiche Coofs zu bergen. Sie wurde nach Kiel gebracht und dort in der Seidenhalle des Garnisonlazarettes, in der Marineabteilung, aufgebahrt.



und die Terrastirma Theodor Neumann in Breslau als Terrainteressenten von Klein-Tschansch sowie die Eisenbahnbau-Verwaltung als Interessenten in Breslau, ferner das Elektrizitätswerk Schleifen als Lieferant des elektrischen Stromes für den Betrieb der Bahn und schließlich die Firma „Stoblers Bahnpotenz G. m. b. H.“ in Bremen als Erbauerin der Bahn. Das Gesellschaftskapital beträgt 120.000 Mark, das zum Teil in Baren Einlagen, zum Teil in Obligationen besteht. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören außer den Vertretern der verschiedenen Interessentengruppen auch Direktor Klose von der Elektrischen Straßenbahn Breslau (Gründer) an, mit der die neue Gesellschaft eine Kartellgesellschaft zum Zwecke der Mitbenutzung ihrer Strecken abgeschlossen hat.

Was die Linienführung des neuen Unternehmens anbelangt, so wird die Bahn ihren Anfang am Endbahnhof der Elektrischen Straßenbahn Breslau in Rothkreuzham nehmen, von dort die Ostauer Chaussee entlang durch Klein- und Groß-Tschansch führen und weiter über die Däuisch vom Bahnhof Breslau gelagerte Eisenbahnüberführung hinweg am Bahnhof „zur guten Laune“ verlaufen. Für spätere Zeit sind dann noch Abzweigungen der Bahn in Breslau selbst in Aussicht genommen. Für den Betrieb der Bahn ist zunächst mindestens ein durchschnittlicher 30 Minuten-Verkehr während 16 Stunden am Tage vorzusehen. Je nach der Frequenz soll auch ein drittelstündlicher Verkehr bis zu einem durchschnittlichen 20 Minuten-Verkehr durchgeführt werden.

Als Fahrpreise sind folgende Sätze bestimmt worden: 15 Pf. für die einfache Fahrt von der Endstation in Rothkreuzham bis zur Endstation beim Bahnhof „zur guten Laune“ und 10 Pf. für die einfache Fahrt von Rothkreuzham bis Bahnhof Breslau. Außerdem ist, wie oben erwähnt, zwischen der neuen Gesellschaft und der Elektrischen Straßenbahn Breslau eine Kartellvereinbarung geschlossen worden, in der festgelegt ist, daß beide Gesellschaften Fahrpreise ausgeben, die zur Mitbenutzung der Strecken der anderen Gesellschaft berechneten. Der Preis eines solchen zur Benutzung beider Bahnen berechnenden Fahrpreises beträgt von oder bis Bahnhof Breslau 15 Pf., von oder bis Bahnhof „zur guten Laune“ in Breslau 20 Pf. Für 15 Pf. kann man also von jedem Punkte, den die Elektrische Straßenbahn Breslau berührt, bis zum Bahnhof Breslau gelangen. Auch ist die Ausgabe von Monatskarten, die zur Benutzung beider Bahnen berechneten, beabsichtigt.

Die Verkehrsmittel der neuen Bahn — der ersten gleitenden elektrischen Straßenbahn in Ostpreußen — sind auf Gleisen aus Eisenblech mit einer Spurweite von 1000 mm. Sie enthalten Sitz- und Stehplätze und werden von einem im Vorderende des Wagens ebenfalls nach Art der Straßenbahn bei Automobilen angeordneten Führer gesteuert. Die Stromzuführung erfolgt durch eine oberirdische Drahtleitung, wobei die Übertragung des Stromes vom Leistungsträger auf den Wagen durch ein isoliertes Kabel bewirkt wird, das sich selbstständig auf und abrollt. Der Wagen ist dadurch nicht an eine bestimmte Spur gebunden, sondern kann nach beiden Seiten etwa 10 Meter weit ausweichen. Die Achsen sind innen auch mit Auhängewagen geladen. Als besonderen Vorzug der Motorwagen der gleitenden Straßenbahn — im Betriebe sind Bahnen dieses Systems u. a. in Bremen und in Ludwigsburg in Württemberg — wird die absolute Unempfindlichkeit gegen Temperaturveränderungen, Wind, Wetter und Schnee hervorgehoben. Der Preis eines Motorwagens beträgt je nach seiner Einrichtung 15.000 bis 19.500 Mark.

Vom Bau der Bahn der Ostpreußen Bahn soll auch auf die Beschleunigung der in nächster Umfassung Aussicht genommen werden. Ob später auf der Bahn ein vollständiger Güterverkehr eingerichtet wird — zum Beispiel zur Beförderung der Güter der Ostpreußen industriellen Stadtkommunikation nach der Ostpreußen Eisenbahnüberführung — wird nach den vorhandenen Verkehrsbedürfnissen in Erwägung gezogen werden. Die Verkehrsmittel einer gleitenden Bahn des obigen Systems schwanken je nach der Betriebsweise unter Berücksichtigung der verschiedenen finanziellen Momente, der Reparaturen, des Stromverbrauches, der Verwaltung, der Bedienung usw. zwischen 22 und 40 Pf. für den Wagenkilometer. Die neue Bahn, die in der Gegend natürlich den Verkehr zwischen Breslau und Glogau, indem sie ihnen eine schnelle und häufige Verbindung mit Breslau vermittelt, ist aber auch für die Breslauer von Bedeutung.

### Die Bäderrennung und der Streit.

Während des Bäderstreiks haben sich die Bädermeister alle Mühe, der Bevölkerung glauben zu machen, kein Streit sei nichts zu merken. Jetzt vergeht keine Versammlung, wo nicht der Lohnkampf herbeigeholt muß. In der Innungsversammlung am Donnerstag ging es wegen des Lohnkampfes der Gesellen im Tinnensbau wieder sehr hoch her. Die uns mitgeteilt wird, herrschte unter den Herren demnach ein großer Erregung, weil ein Flugblatt eine Angabe

des Druckers und Verlegers gegen die Bädermeister, vor allem aber gegen die, die die Verfassung beantragt haben, verteilt worden sei. Der Bädermeister E. S. n. e. r., Neudorfstraße, verteilte einige dieser Flugblätter, worin er sehr hart mitgenommen worden ist. Nach den eigenen Erklärungen von E. S. n. e. r. und Lasse, haben diese Herren die Unterschrift für den Antrag ans Gericht mit Freuden gegeben, weil ihnen der Vorwurf nicht schadet. Man war aber sehr erdört über das Verhalten der Flugblätter und beschloß deshalb, eine Belohnung von 100 Mk. für die Ermittlung des Druckers und Verlegers des gefährlichen Flugblattes auszugeben. Der Verleger der Herren ist ja damit es den Gesellen gefährlich verboten wird, weiterhin Flugblätter gegen die Bädermeister zu verteilen und nun werden Flugblätter ohne Druck und Verleger verteilt.

Dann gab es noch einen bemerkenswerten Zwischenfall, der auf die Sauerkeit im Gewerbe kein gutes Licht wirft. Bekanntlich besteht hier eine polizeiliche Bäderverordnung, worin unter anderem vorgeschrieben ist, daß der Badraum jeden Tag feucht aufzuräumen ist. Bei der Polizeibehörde hatten nun die Antragsbereiter beantragt, sie von dieser Nachsichtnahme zu befreien. Weil jetzt aber die Behörde anscheinlich auf die Einhaltung der Verordnung besteht, waren die Herren sehr erdört. Besonders die Herren Prustog, Lasse und Meyer können sich mit der täglichen Nachsichtnahme garricht einverstanden erklären.

Wenn schon Mitglieder des Vorstandes, ja sogar der Obermeister, gegen die Vorkehrung über die Nachsichtnahme auftraten, dann kann man sich schon ein Bild machen, wie es bei manchem gewöhnlichen Bädermeister aussehen mag. Diese Leute, haben wirklich keine Ursache, zu behaupten, die Gesellen hätten während des Polakampes wegen der Unsauberkeit in den Bädereien die Unsauberkeit geschrieben. Der ist das Sprichwort sehr angebracht: Jeder lehre von seiner eigenen Tür.

### Kauft nicht Sonntags!

Gewerkschafter und Parteigenossen! Am vorigen Montag wurde der Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, die vollständige Sonntagsruhe auch im Handelsgewerbe einzuführen, von der Mehrheit der bürgerlichen Stadtverordneten abgelehnt. Die Gegner begründeten ihre Ablehnung damit, daß sie nicht genau das Interesse der Arbeiter handeln wollen, die einen offenen Sonntag zum Besorgen ihrer Einkäufe haben müssen.

Das Gewerkschaftskomitee, die Vertreter der organisierten Arbeiterkräfte Breslaus, hat sich in einer Erklärung gegen diese Auffassung gerichtet und sich für die vollständige Sonntagsruhe ausgesprochen. Wir appellieren deshalb an die organisierte Arbeiterkraft ihre Solidarität dadurch zu beweisen, daß sie Sonntag den Besuch der Geschäfte meidet und die Einkäufe an den Wochentagen besorgt. Die Handelsangehörigen werden dadurch erkennen, wer ihre wahren Freunde sind, daß die Arbeiterkraft nicht nur Worte, sondern Taten für sie übrig hat.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Beschäftigten Deutschlands. (Bezirk Breslau.)  
Deutscher Transportarbeiter-Verband. (Zentralstelle Breslau.)

\* Ein alter Bekannter taucht wieder auf. Unsere Leser werden sich noch eines gewissen Herrn Leo Staudinger erinnern, dessen werke Person oft die Seiten unseres Blattes geziert hat. Viele Leute, besonders Arbeiter, sind durch Kautions- und Stellenschwindel, den dieser Herr verübte um ihre letzten paar Groschen gebracht worden, bis es endlich gelang, ihn hinter Schloß und Riegel zu bringen. Der „Volkswacht“ gebührt das Verdienst, Tausende vor Staudinger gewarnt und auch der Staatsanwaltschaft Material über den Herrn geliefert zu haben. Aus dem Gefängnis ist er nun anscheinend wieder heraus, aber die Polizei scheint den lästigen Ausländer noch nicht des Landes verwiesen zu haben, denn plötzlich hat Genosse Leo eine Terminverladung wegen angeblicher Verleumdung dieses Herrn erhalten, die im vorigen Jahre verübt sein soll. Wir vermuten deshalb, daß Herr Staudinger kein ehrenwertes Gewerbe in irgend einer Form fortzuführen gedenkt und warnen unsere Leser wieder von weiterem Verkehr mit diesem Herrn.

\* Kinderwagen auf dem Bürgersteige. Der Polizeipräsident bringt wieder einmal in Erinnerung, daß

nach der Polizeiverordnung über den Straßenverkehr kein Kinderwagen auf dem Bürgersteige fahren darf. Zuweilen handlungen gegen diese Bestimmung würden unachtsamlich angezeigt. Wir sind der Meinung, daß hier die Strafen an unrechtl. Stelle angewendet wird. Nicht gegen die Kinderwagen auf den Bürgersteigen, sondern gegen den Paragraphen der Polizeiverordnung, der das Fahren der Kinderwagen auf den Bürgersteigen verbietet und bestraft, müßte unachtsamlich vorgegangen werden.

Die Verordnung über den Verkehr auf der Straße besteht seit 1891; sie ist also 20 Jahre alt. Damals sah man in Breslau sehr wenig Fahrräder und gar keine Automobile, die dem Fußgänger und den Kinderwagen das Fahren auf der Straße verleideten. Außerdem ist inzwischen der Wagenverkehr auf den Straßen im ganzen bedeutend stärker geworden, und im Innern der Stadt ist er an manchen Stellen gerabezu lebensgefährlich.

Aus allen diesen Gründen muß mit Nachdruck gefordert werden, daß die Kinderwagen nicht mehr auf die Straßenräume verwiesen werden, wo die Kinder und die Frauen und Mädchen, die die Wagen führen, den allergrößten Gefahren ausgesetzt sind. Also, Herr Polizeipräsident, mehr Schutz den Kindern!

\* Die Breslauer Landtagswahl. Als Wahlkommissar für die Landtagswahlwahl, die nach der Ungültigkeitserklärung der Wahl des liberalen Abg. Dr. G. H. e. r. s in Berlin notwendig geworden ist, wurde Oberbürgermeister Dr. B. e. n. d. e. v. ernannt, zu seinem Stellvertreter Bürgermeister T. r. e. n. t. i. n. Die Wahlmänner-Ergänzungswahlen sind, wie wir bereits mitteilten, auf Montag, den 6. November angesetzt worden; die Abgeordnetenwahl ist Montag, den 20. November.

\* Im Oberlandesgericht am Ritterplatz werden größere Erneuerungsarbeiten und Umbauten vorgenommen, die schon seit Jahren nötig waren. Das Gebäude, das früher ein Kloster war, ist im 18. Jahrhundert zu Gerichtszwecken umgebaut worden. Jetzt reichen die Räume aber nicht mehr aus, weshalb nach der Ober zu ein Umbau ausgeführt wird, der fast vollendet ist.

\* Achtung, Holzarbeiter! Im „Breslauer General-Anzeiger“ werden Fischer nach Hamburg gesucht. Die Anzeige macht den Eindruck, als wenn sie vom Verbanne ausging. Das ist aber nicht wahr, denn unsere Kollegen in Hamburg stehen seit 14 Wochen im Streik. Wir warnen die Kollegen, in Hamburg Arbeit anzunehmen. Des Holzarbeiter-Verbandes.

\* Achtung Arbeiter-Sänger! Sonntag, den 23. Juli, vormittags, in Pöpelwitz bei Anrabe wird eine Probe des ersten Unterbezirks abgehalten. Einzelübungen sind folgende Lieder: „Liebeslust“, „In Straßburg“, „Das Wandern ist des Müllers Lust“, „Internationale“, „Der Wald“ und „Wer die Welt am Stab durchmisst“. Ein vollständiges und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

\* Deutscher Bauarbeiterverband. Freitag, den 23. Juli, wird in Breslau eine außerordentliche Sitzung anberaumt, wozu eine allgemeine Wählerkontrolle am nächsten Donnerstag notwendig ist. Es wird deshalb allen Kollegen zur Pflicht gemacht, auf diesem Tage ihr Mitgliedsbuch mit auf die Waage zu bringen. Die auswärtig wohnenden Kollegen machen wir besonders darauf aufmerksam, nächste Woche ihr Mitgliedsbuch mitzubringen.

Wegen des Dachdeckersstreiks müssen wir unsere Kollegen darauf aufmerksam machen, daß ihnen während der Dauer des Streiks das Tragen von Dachsteinen unterliegt. Jede Zuwiderhandlung gilt als Streikbruch. Die Ortsverwaltung.

\* Gegen den Kreuzotterbiss. Ein gutes Mittel, die Wirkung des giftigen Bisses der Kreuzotter abzumildern, besteht darin, daß die Wunde mit einem Messer vergrößert wird. Natürlich darf nur ein Mensch mit ganz gesundem Mund die Wunde auslaugen, da andernfalls die Person, die die Wunde auslaugt, sich selbst eine Vergiftung zuziehen kann. Aber auch ein Abbinden des Gliedes oberhalb der Wundstelle schwächt die Wirkung des Giftes ab. Bei vorkommenden Fällen soll sofort ein Arzt hinzugezogen werden. — Die Eltern tun gut, ihre Kinder nur mit Schuhen, nicht barfuß oder in Pantoffeln in den Wald gehen zu lassen.

\* Die Wörlitzer Gesellen veranstalten Sonntag, den 23. Juli bei Priz in Colet ein Sommerfest. Für genügende Unterhaltung in aufs beste geratet; den Kindern und den Erwachsenen sollen ein paar vergnügliche Stunden bereitet werden. Der Eintritt ist frei. Auch die Mitglieder der umliegenden Distrikte sind eingeladen.

Die anderen Leichen wurden bisher noch nicht geborgen. Man forscht zur Zeit noch eifrig nach ihnen.

**Göttliche Weltordnung.** Vor dem Schöffengericht in Köln stand ein alter Mann unter der Anklage, sich kein Unterpfand verschafft zu haben. Der Mann erklärte: Ich lasse mich nicht bestrafen; ich bezahle nur 17,50 Mk. Armerunterstützung von der Stadt, und davon kann ich nicht einen Monat leben und mir auch noch eine Wohnung beschaffen. — Wenn mir nun die Strafe für verbüßt erklären? — Meinem Anwalt: „Das kann mir nichts nützen“, erwiderte der Alte, „denn ich habe doch kein Geld.“

Das Gericht verurteilte den Mann zu einer Woche Haft, die nicht für verbüßt erklärt wurde, obwohl der Alte — vermutlich das Verlangen der Strafe — in Vorhaft gelassen hat. Das Gericht hat den Wunsch des Mannes erfüllt, damit aber zugleich ein schweres Unrecht, ein Unrecht an der Menschlichkeit, begangen. Es hat einem Menschen die Freiheit entzogen, die allerdings durch unierer verzeigten Gesellschaftsordnung für diesen wertlos war. Das Gefängnis als Justizstrafe oder Strafe ist ja nichts Neues in dem Lande der geistlichen Herrschaft. Eben erst hat die von einer Zentrumsmehrheit beherrschte Stadt Köln 190.000 Mark für einen fünfjährigen Kaiserbezug vergebend, und ebenfalls vor einigen Wochen hat sie 30.000 Mark für das rheinische Sängerkongress beigesteuert.

**Fünf Arbeiter verurteilt.** In Dünzlau in der Nähe von Rößheim (Sachsen) wurden beim Abbruch einer Steinmauer fünf Arbeiter verurteilt. Drei sind bereits tot, die beiden anderen können verurteilt auf den Schuttmassen jutage gefordert werden.

**Waise in den Bergen.** Am Scherengebiete (Kord) ist der Reichshäcker Waidler abgestürzt. Er blieb schwer verletzt die ganze Nacht über liegen. — Beim Bergbau in Grödenbach wurde der Landbesitzermeister Goelling von einem abfallenden Felsblock erschlagen. Er war sofort tot. — Der habsburgische Kaiserhof aus Österreich a. P. u. r., der eine Berglauer machte, wird verurteilt.

**Ein Straßburger Eisenbahnprojekt.** Ein Eisenbahnprojekt besonderer Art spielte sich vor der Straßburger Eisenbahngesellschaft ab. Eine Dame der besseren Gesellschaft war angefallen, ihr 18-jähriges Töchterchen an zwei Herren der besten Gesellschaft verpumpt zu haben. Die Angefallene, ein Herr Neumann, einer der reichsten Eisenbahnbesitzer, und ein Kaufmann, ein Herr Schilling, wurden wegen Verurteilung unzulässiger Handlungen zu 2 bzw. 18 Monaten Gefängnis, die Angefallene Frau Neumann zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verhandlung fand unter Vorsitz des Oberlandesrichters statt.

**Die Ursachen des Mühlheimer Eisenbahnunglücks.** Die Ursachen des Eisenbahnunglücks bei Mühlheim in Baden stehen nunmehr fest. Nach der Ansicht der Sachverständigen soll vorwiegend ein falsches Fahren an der Unglücksstelle, in Verbindung mit zu raschem Bremsen, die Schuld an der Katastrophe tragen. Technische Mängel irgend welcher Art konnten nicht gefunden werden. Nach dieser Feststellung wurde der Lokomotivführer Freytag aus dem Dienst entlassen.

**Schreckensnacht eines Wahnwärtigen.** In der Nähe von Bern spielte sich während der Nacht eine entsetzliche Szene ab. Der Wahnwärtige Herrhard aus Bern sprach sich mit seinen drei Kindern im Alter von sieben bis elf Jahren in einem benachbarten Wald, um Hirschen zu jagen. Im Gebüsch zog er plötzlich den Revolver und eröffnete ein Feuer auf seine Kinder, von denen zwei tot zu Boden fielen. Der älteste Knabe vermachte zu erliegen. Er erkrankte der Polizei Anzeige, die sofort mehrere Beamte in den Wald sandte. Zusammen traf die Meldung ein, daß Herrhard nach einer bemerktsten Verletzung gestorben sei, um dort seine Tochter zu erschlagen. In der Tat wurde er auf dem Wege dorthin verhaftet. Zweifellos ist der Unglücksfall von einem plötzlichen Wahnzustand angesetzt worden.

**Eisenbahnunfall.** Drei Männer überfielen den Rotherberg-Bahn-Schaltkasten in der Nähe von Buffalo in Nord-Dakota, benutzten alle Fahrgäste und verurteilten den Lokomotivführer, als dieser der Anforderung der Räuber, den Zug zum Halten zu bringen, nicht schnell genug nachkam, sehr schwer. Dann verließen sie in einem verbleibenden Automobil ebenso schnell, als sie gekommen waren, unbekannt. Man hat keine Spur der Räuber bei den sofort aufgenommenen Nachforschungen entdecken können.

**Gelehrer in Marseille.** Die Konsule der fremden Mächte gegen die der Konsul in Marseille Schindlungen ein über den Gesundheitszustand in dem Hafen und erwiderte die Auskunft, daß bei einem Mädchen ein ungewöhnlicher Fall von Cholera, der innerhalb weniger Stunden tödlich verläuft, festgestellt werden mußte. Bei drei anderen Fällen wisse man nicht genau, ob es sich um Cholera handelt, doch seien alle notwendigen sanitären Maßnahmen getroffen worden.

**Der Schachmeister des Kaiserlich-Preussischen Hofes.** In Paris ist letzte Woche Auguste Lognon, Professor an der Ecole de France und Mitglied des Institut, gestorben. Der Mann war ein sehr berühmter Schachmeister und ein sehr geschickter Schachspieler. Er war der Sohn eines brennenden Schachmeisters, wurde als Kind das Schach spielen und wurde dann von seinem Vater in 12 Jahre gelehrt. Ein Archäologe nahm die Begegnung des Knaben wahr, stellte ihm eine Bibliothek zur Verfügung und veranlaßte ihn

zu einem wissenschaftlichen Hilfsarbeiter. Lognon hatte keinerlei Diplome, die ihn zum Besuch höherer Schulen autorisierten. Nach Veröffentlichung seines ersten größeren Werkes wurde er als Premier in der Verwaltung der Nationalarchive angestellt. 1892 wurde er zum Professor am College de France ernannt.

**Feuertag in Abessinien.** Ueber ein eigenartiges Fest, das die Untertanen Menelik feiern, berichtet man der „Preparation“ aus Abessinien: es handelt sich um den „Maseal“ oder „Kreuztag“, der in der zweiten Hälfte des September gefeiert wird und das größte und heiligste kirchliche Fest der Abessinier ist. Am Vorabend des Festes flechten sich die christlichen Abessinier zum Zeichen tiefer Trauer einen Blätterkranz ins Haar; bei Einbruch der Nacht ziehen dann alle Männer mit Fackeln in die Kirchen, während die Frauen abseits unter dumpfem Trommelschlag einen weiserollen Tanz ausführen. Am Festtagsmorgen eilen, sobald der Bahn kräft, Männer, Frauen und Kinder zum nächsten Fluß, um gemeinsam die durch die Religion vorgeschriebenen Waschungen vorzunehmen. Mit diesen Waschungen ist die Trauer beendet, und die jungen Leute pilgern unter Freudenstößen zu den Häusern ihrer Angehörigen und der Stämmesobersten, um ihnen ein: „Encutasso!“ (heißt Wünsche zum Feste) zuzurufen. Die Waise, die in italienischen Diensten stehen, sprechen solche Wünsche auch den Offizieren gegenüber aus; sie begeben sich in Scharen in die Wohnungen ihrer Vorgesetzten, singen trauerliche Lieder und geben Salven ab. Auf alle diese Handlungen, die zum Gottesdienst gehören, folgt der „damiera“; ein großer Scherhaufen wird zuerst von der Weisheit geworfen und dann angezündet; um das große Feuer rasen, von verregenen, fortwährend schließenden Reitern angeführt, in wildem Galopp die Pferde; ganz ruhige Reiter reiten dicht an das Feuer heran und sitzen immer wieder ihre spitzen Lanzen und ihre trummern Säbel hinein, als wenn sie durch das heilige Feuer größere Kraft und Stärke erlangen wollten. Nach einem alten Aberglauben gibt die Richtung des Rauches, der aus dem Feuermeer aufsteigt, den Abessinier die Richtung, in der der nächste Krieg stattfinden wird, an. Wenn dann unglücklicherweise die letzten Feuerbrände nach der Seite des Rauches hinfallen, ist man allgemein überzeugt, daß der Sieg dem Feind zufallen wird. Der heilige Rauch hat die Schächten bei Metema und Abus, bei Coalit und Senafe prophezeit. . . .

Die kanadischen Wasserkräfte betragen auf Grund neuer Berechnungen und unter Berücksichtigung der geringsten Wassermengen in den Flüssen 2 1/2 Millionen Pferdekraft. Knapp zwei Prozent. Jetzt befindet sich eine Gesellschaft in Beratung, die die Gewinnung und Verwertung der Wasserkräfte regeln will.



### Welches Urteil gilt nun?

Am 10. Juli 1911, also vor wenigen Tagen, hat das Breslauer Schöffengericht in einem Urteil gegen einen Lagerhalter des Konsumvereins Vorwärts erklärt, daß die Bewilligungsplakate des Bäder-Verbandes freigegeben sind, weil sie nur geschäftliche Mitteilungen enthalten. Der Angeklagte wurde freigesprochen. Heute fanden einige Bäckermeister und Vorstandsmitglieder wegen des Bäderplakates vor dem Schöffengericht und wurden verurteilt. Der Verleumdiger lief sich auf das freisprechende Urteil gegen den Konsumlagerhalter und auf eine Kammergerichtsentcheidung, wonach ein Schaufenster als geschlossener Raum gelte. Dann beantragte er, die Entscheidung solange auszusetzen, bis in der ersten Sache eine Kammergerichtsentcheidung herbeigeführt sein wird, da der Amtsanwalt das freisprechende Urteil angefochten hat. Das Gericht kam jedoch zur Verurteilung. Es wurden Strafen von je einer Mark festgesetzt. Ein Bäckermeister, der das Plakat trotz der Beschlagnahme zweimal ausgehängt hatte, soll vier Mark zahlen. Das Gericht sah diesmal das Plakat als eine Mitteilung an, die nicht ausschließlich für den gewerblichen Verkehr bestimmt sei. Auch sei das Schaufenster ein öffentlicher Ort.

Wer kann jetzt sagen, was recht ist? Einmal werden die Angeklagten freigesprochen, unter einem anderen Vorliegen werden sie verurteilt. Dabei gibt es bereits Kammergerichtliche Entscheidungen, die klar und deutlich sagen, daß solche Plakate in Läden und Schaufenstern ohne weiteres ausgehängt werden dürfen.

### Parteilgenossinnen und Genossen!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslau hat beschlossen, die Errichtung eines Les- und Diskussionsklubs in die Hand zu nehmen. Meldungen dazu sind recht bald an das Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 6, 2. Etage, zu richten, von wo aus in nächster Zeit die Einladungen zur ersten Sitzung erfolgen werden.

Genossen! Der Vortrags-Kursus des Genossen Dr. Dunder dürfte uns bewiesen haben, wie notwendig eine dauernde Einrichtung zur geistigen Schulung ist. Wir erbitten aber nur Meldungen von Mitgliedern, die den ernstlichen Willen haben, regelmäßig an den Sitzungen teilzunehmen.

Der Vorstand  
des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Die General-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Breslau mit den Jahresberichten und den Neuwahlen des Vorstandes usw., wird Donnerstag, den 27. Juli im Gewerkschaftshause abgehalten. Wir machen schon heute auf diese wichtige Versammlung aufmerksam, und ermahnen die Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Die Bezirks- und Distriktsführer des sozialdemokratischen Vereins Breslau hielten Donnerstagabend im „Gold. Jetter“ auf der Klosterstraße eine Sitzung ab, die von etwa 150 Funktionären besucht war. Vor einigen Wochen hatten die Distriktsführer beschlossen, daß in einer gemeinschaftlichen Versammlung mit den Bezirksführern über die parlamentarischen Regeln in den Versammlungen gesprochen werden soll. Genosse Theodor Müller sprach deshalb über das Thema: Wie sollte ich eine Versammlung? Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und dann über ihn kurz diskutiert. Der Kassierer Genosse Hermann verbreitete sich eingehend über die Pflichten der Bezirksführer beim Kassieren der Beiträge und Abrechnen mit den Distriktsführern. Es muß von allen die größte Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit gefordert werden, denn je größer unsere Organisation wird, um so mehr muß jeder Bezirks- und Distriktsführer peinlich die Arbeiten ausführen, die er übernommen hat. Die Aufnahmescheine über neu-gewonnene Mitglieder sind stets auf dem schnellsten Wege ins Parteisekretariat zu bringen; dann heißt es, die Mitgliedsbücher sofort abliefern und die Um- und Abmeldungen pünktlich besorgen. Ferner ist darauf hinzuwirken, daß bei Flugblatt-Verbreitungen und Agitationen für die „Volkswacht“ und den Verein immer genügend Kräfte zur Stelle sind. In der Aussprache über diese Wünsche wurde von einem Genossen betont, daß die Hausagitation immer Erfolge bringt, wenn sie geschickt betrieben wird. Wie Genosse Müller noch mitteilte, werden in nächster Zeit wieder gemeinschaftliche Sitzungen der Bezirks- und Distriktsführer abgehalten; in einer davon wird ein Referent Wink für die Reichstagswahlen geben. Die nächste Mitgliederagitation, an der in erster Reihe neben den Distriktsführern die Bezirksführer teilnehmen sollen, ist Sonntag, den 30. Juli.

Wahlerverband. In der Mitglieder-Versammlung am Donnerstag stand als wichtigster Punkt die Beitrags-erhöhung auf der Tagesordnung. Die Sache hat schon mehrere Versammlungen beschäftigt, ohne daß es zu einem endgültigen Beschluß gekommen ist. Auf dem Münchener Verbandstage der Beitragserhöhung beschlossen worden. In Breslau sollen für die 26 Sommerwochen 70 Pfennige, für die Winterwochen vom November bis Februar 25 Pfennige gezahlt werden. Die Heuer-Kommission hatte vorgezogen, in den Sommerwochen 80 Pfg. zu entscheiden, im Winter sollten die Kollegen aber von der Beitragszahlung befreit sein. Kollege Jacobson aus Berlin, der an der Versammlung teilnahm, bezeichnete diese Art der Beitragszahlung als gegen das Statut verstoßend. Der Hauptvorstand könnte dazu seine Zustimmung nicht geben. Es wäre das etwas Neues in unserem ganzen Gewerkschaftsleben. Jede andere Stadt könnte dann kommen, Sonderwünsche äußern und sich auf Breslau berufen. Er könne nicht glauben, daß die Breslauer Wähler sich außerhalb der modernen Arbeiterbewegung stellen wollen. Der Verbandstag hat die Erhöhung beschlossen und die Kollegenschaft habe sich den Beschüssen zu fügen.

Es gab eine rege Aussprache, in der der Ortsverwaltung der Vorwurf gemacht wurde, nicht stark um wirtschaftliche, das Hauskassierensystem sei viel zu teuer; es sollte eine Neuordnung vorgenommen werden. Adam wies diesen Vorwurf kräftig zurück. Er erinnerte, daß er die Frage der Neuordnung schon vor einiger Zeit angeregt hatte, daß aber niemand etwas davon wissen wollte, einen der beiden Soldaten Kassierer zu kündigen. In einem Schlussworte bemerkte Jacobson, daß ein gutes Hauskassierensystem für eine Organisation von großem Vorteil sei. Es hätte die Mitglieder zusammen vorüber sein Zweifel herrschen kann. Die Ausführungen Jacobsons hatten die Wirkung, daß der Antrag der Ortsverwaltung, den Beitrag für die Sommerwochen auf 70 Pfennige festzusetzen und den Beitrag für die Winterwochen so wie bisher (25 Pfennige) zu belassen, mit überwiegender Mehrheit angenommen wurde. Ferner wurde ein Antrag angenommen, das Hauskassierensystem zur Neuordnung einer Kommission zu übertragen. Jacobson verbreitete sich dann über die Agitation. Im Jahre 1912 läuft der Reichstagswahl ab, es handele sich also darum, sie frühzeitig mit den Anträgen zu besetzen, die zum Erfolg zu führen sind. Im Juli 1912 müssen die Verhandlungen beginnen. Da heißt es, gerätselt darzustehen. Es sei an der Zeit, mit voller Kraft für den Ausbau der Organisation zu wirken. In jeder Werkstatt müsse ein Vertrauensmann stehen,

um die Unorganisierten heranzuführen. Auch die Hausagitation müsse einsehen. Jeder überzeugte Kollege muß sich in den Dienst der Organisation stellen.

Im Breslauer Töpfergewerbe waren in jüngerer Zeit über einige Punkte des Lohn tariffs zwischen den Parteien Streitigkeiten entstanden. Die Gesellen haben deshalb das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen, das einen Schiedspruch gefällt hat. In einer Versammlung der Töpfergesellen am Freitag ist dieser Schiedspruch angenommen worden.

Freikonzert im Gewerkschaftshaus. Auch am nächsten Sonntag wird nachmittags im Garten des Gewerkschaftshauses ein Freikonzert veranstaltet, dessen Besuch wir allen Gewerkschaftern und Genossen nur empfehlen können. Im Gewerkschaftshause findet jeder stets gute Unterhaltung und Bewirtung. Unser eigenes Haus haben wir zuerst zu berücksichtigen. Nach dem Konzert Tanzkränzchen.

Achtung, Genossen des Oberorts. Die Bäubelei von Paul Seite, Herrmannstraße 1, führt von Montag, den 24. Juli an konfektartige Backwaren. Bis Sonnabend abend können sich die Gewerkschafter und Genossen beim Gastwirt Büchel, Kleischaustraße 16, melden, die Brot und Semmeln aus dieser Bäubelei haben wollen.

Brauerei- und Mühlenarbeiter. Ausflug nach dem Zolten. Die Abfahrt ist Sonntag früh 7,20 Uhr mit dem Extrazug vom Hauptbahnhof aus. Die Billets sind bis Sonnabend bei den Vertrauensleuten oder im Bureau zu haben. Radfahrer treffen sich 6 1/2 Uhr am Restaurant Wiesenhal. Abfahrt um 7 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Trog der eindringlichsten Warnung besteht der Unflug weiter, daß Kirchherne und andere Kesse vor Obst und Gemüse achtsam auf die Strahe geworfen werden, wodurch schon wiederholt leichtere und schwerere Unfälle verursacht worden sind. Am Mittwoch vormittags ist auf der Heiligen Geiststraße am Eingang zur großen Markthalle eine Frau auf einer hingeworfenen Schnittbrot ausgeglitten und gestürzt und hat einen Bruch der rechten Kniekehle erlitten. Sie mußte im Krankenwagen ins Alexerbienhospitale geschafft werden. Eine Verhütung solcher Unfälle ist nur möglich, wenn das Publikum streng auf sich selber achtet.

Auf einer Promenadenbank im Südpark war am 16. Juli ein Bauarbeiter eingeschlafen; es ist ihm seine Taschenuhr und ein rotes Lederportemonnaie mit Inhalt gestohlen worden.

Eine Uhr im Briefkasten. In einem Briefkasten auf der Wallstraße ist vor einigen Tagen eine silberne Taschenuhr Nr. 97019 gefunden worden. Es ist eine silberne Remontoiruhr mit Goldrand, römischen Ziffern und goldenen Zeigern, in die als Verzierung kleine Steine eingesetzt sind. Auf dem inneren Deckel ist ein Wappen mit zwei Löwen. Der Eigentümer kann sich im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums melden.

Verlorenes Buch. Der Schauspieler H. Müller hat am 7. Juli in einer Droische oder einem Automobil ein wertvolles Buch mit dem Titel „Kaiser Karls Getiel“ verloren. Der Finder wird ersucht, das Buch in der Redaktion der „Volkswacht“ abzugeben.

Taschendiebstähle auf dem Hauptbahnhof. In den letzten Tagen ist auf dem hiesigen Hauptbahnhofe einem Kassierer ein braunes Lederportemonnaie, das eine größere Geldsumme enthielt, aus der Tasche gestohlen worden.

Gestohlen wurden ein Zahnarztstuhl, eine blaue Kinderjackette, ein Fahrrad, ein schwarzer Damenschirm und ein schwarzes Portemonnaie mit Inhalt.

## Neueste Nachrichten.

### Genosse Zubeil verunglückt!

Berlin, 21. Juli. Gestern Abend stürzte in Tempelhof Genosse Fritz Zubeil vom Trittbrett der elektrischen Straßenbahn und geriet dabei vor den Anhängewagen, der ihn eine ganze Strecke weit mit sich schleifte, ehe es gelang, den Wagen zum Stehen zu bringen. Der Verunglückte, der bei vollem Bewußtsein war, klagte, als man ihn nach dem Stillstande des Wagens unter demselben hervorholte, über heftige Schmerzen. Er wurde sofort in einer Droische nach dem Garnisonlazarett in Tempelhof gebracht, wo ihn die Ärzte einer gründlichen Untersuchung unterzogen. So weit die Ärzte feststellen konnten, hat Fritz Zubeil schwere innere Verletzungen davongetragen. Zubeil wurde in späterer Abendstunde noch auf seinen ausdrücklichen Wunsch im Automobil in seine Privatwohnung zurückgebracht. Genosse Zubeil ist 63 Jahre alt. Sein Zustand ist sehr ernst; eine unmittelbare Lebensgefahr soll jedoch nicht bestehen.

Der ebenfalls schwer erkrankte antisemitische Reichstagsabgeordnete Liebermann v. Sonnenberg ist noch nicht zum Bewußtsein zurückgekehrt. Bei dem Alter des Patienten, der an Arteriosklerose leidet, ist sein Zustand als sehr ernst zu bezeichnen. Liebermann ist ebenfalls 63 Jahre alt.

### Breitscheid nimmt die Kandidatur an.

Berlin, 21. Juli. Der Führer der Demokratischen Vereinigung, Dr. Breitscheid-Berlin, nahm die ihm angebotene Kandidatur zu der am 19. September in Düsseldorf stattfindenden Reichstagswahl an.

### Die Russen schießen weiter auf Ballons.

Katowitz, 21. Juli. Nach einer Meldung von der russischen Grenze erkrankte der russische Leutnant Solowjew bei der Militärbehörde in Rowno die Anzeige, daß er mit einem Offizier und einem Gemeinen in einem Ballon ausgezogen sei und daß er bei Lomitsa wider Willen über die preussische Grenze geflohen sei. Durch Ballastabgabe sei es ihm gelungen, in eine andere Windrichtung zu kommen und er sei, nachdem er nur ein sehr kleines Stück über preussischen Boden dahingeflogen sei, wieder nach Russland zurückgekehrt. Als er wiederum die preussische Grenze überflog, diesmal aber in der Richtung nach Russland, sei er von den russischen Grenzsoldaten, die den Ballon offensichtlich für einen deutschen Ballon hielten, beschossen worden und nur mit knapper Not sei es ihm gelungen, da der Ballon ziemlich tief fuhr, der schwebenden Gefahr zu entkommen. Die Militärbehörde hat sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet.

### Der Marokkowitz.

Köln, 21. Juli. In einem längeren Leitartikel griff die „Rheinische Zeitung“ scharf in die Angelegenheit der Marokkowitz und in die Art und Weise der Berichterstattung über dieselben durch die französischen Blätter ein und tritt namentlich den Presseberichten verschiedener französischer Blätter entgegen. Sie betont zunächst, daß vorstige unmotiviert und unsere Presseberichten nur hemmend auf die Unterhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich einwirken können. Bei den Erörterungen über die Gegenstände für das Zugeländnis Deutschlands basirte, daß Frankreich die politische Gewalt über Marokko allein ausüben, aktiven Interessen, vornehmlich der Reibtheit des „Temps“, ein Herr Zarbiell, alles schroff ablehnend und verneinend in die Diskussion ein, wodurch der französischen Regierung die Auseinandersetzung mit Deutschland ungemein erschwert werde. Es sei, so betont die „Rheinische Zeitung“, am Schluß ihrer Ausführungen, nur zu bedauern, daß in gewissenlose Spekulationen auch der Presse bemächtigt haben, namentlich eines großen Teiles der französischen Presse (und in Deutschland?), unter dem auch einige im gewöhnlichen Volke sehr viel gelesene Blätter sich befänden. Indem sie in diesen Blättern die größ-

testen Anfeindungen gegen das Ausland schleudern, wirken sie, so betont die „Rheinische Zeitung“, mit starkem Druck auch auf die eigene Regierung ein. Dem internationalen Verkehr sei jedoch ein solches Gebahren durchaus nicht zuträglich.

London, 21. Juli. Ueber die Forderungen, die bei den Unterredungen in Berlin zwischen dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Aehren-Wächter, mit dem französischen Volschafter in Berlin, Herrn Jules Cambon, der erster an den letzteren gestellt hat, wenn Frankreich der Nachbarrublik freie Hand in Marokko lassen soll, bringt die „Times“ heute einen ausführlichen Bericht, der aber eben, wie die neulich vom „Matin“ gebrachten Nachrichten der Bestätigung bedarf. Das genannte englische Blatt schreibt: Wir glauben zu wissen, daß die Berliner Unterredungen zwischen Herrn v. Aehren-Wächter und Herrn Cambon dazu geführt haben, daß Deutschland wichtige Forderungen an Frankreich stellte. Deutschland verlangt die vollständige Abtretung der Küste, sowohl als auch des Binnenlandes der französischen Konakolonie und zwar bis zum Saharafluß, sowie Abtretung des Vorkastens, das Frankreich an der belgischen Konakolonie besitzt. Frankreich dagegen soll das Binnland von französisch-Konakolonien behalten; aber jede Verbindung ihres Gebietes mit dem Atlantischen Ocean wäre somit für Frankreich abgeschnitten und nur über deutsches oder belgisches Gebiet könnten die Franzosen in Zukunft in ihre Kolonie. Deutschland würde dadurch auf das Doppelte seiner Größe gebracht werden und außerdem einen Zuwachs von zwei im Bereiche befindlichen Häfen, nämlich Libreville und Loango, erhalten. Die deutschen Bestrebungen im Golf von Guinea würden mithin von Fench-Südwestafrika nur noch durch den belgischen Kongo und Angola getrennt sein. Diese Kompensationen, so hat am Schluß die „Times“ hinzu, beinträchtigen zweifellos englische Interessen in Afrika und zwar von mehreren Gesichtspunkten aus.

Paris, 21. Juli. Der „Matin“ begleitet die von der Londoner „Times“ gebrachten Mitteilungen über Deutschlands Forderungen mit den Worten: Wie man sieht, sind diese Forderungen Deutschlands noch viel größer, als diejenigen, die wir vor einigen Tagen mitgeteilt haben und die bereits als übertrieben betrachtet wurden, da man in gewissen Kreisen die Authentizität unserer Angaben bezweifelte.

### Aus dem persischen Parlamente.

Teheran, 21. Juli. In der gestrigen außerordentlichen Sitzung gab das Parlament dem neuen Kabinette die Vollmacht, sobald es nötig sei, über Teheran und das ganze Land den Belagerungsstand zu verhängen. Zwischen dem Regenten und dem Vizepräsidenten fanden wiederholt lange Konferenzen statt. Jedemfalls aber werden die Konstitutionellen dem Ersuch die Einnahme Persiens durchaus nicht mehr so leicht machen wie es vor zwei Jahren umgekehrt der Fall war. Teheran ist äußerlich ruhig, doch sind Ueberraschungen nicht ausgeschlossen. (Siehe Ausland.)

## Versammlungen und Vereine.

### Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 21. Juli:  
Konsumverein „Vorwärts“. Generalversammlung im großen Saale.  
Stenographen. Übungsabend im Zimmer 3/4.  
Arbeiter-Stenographen (System Wendts). Übungsabend im Zimmer 5.  
Sonnabend, den 22. Juli:  
Turner. Versammlung im Zimmer 2.  
Kupferstecher. Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer 3.  
Bildhauer. Versammlung im Zimmer 5.  
Schilbmaler. Versammlung im Zimmer 6.  
Sonntag, den 23. Juli:  
Frei-Konzert im Garten, bei ungünstigem Wetter im Saale, nach dem Konzert gemütliches Tanzkränzchen.  
Sozialdemokratischer Verein Breslau.

### Wahl, Distrikts- und Bezirksführer!

Montag, den 24. Juli, abends 8 Uhr: Abrechnung der Bezirksführer in den Distriktslokalen. Alle Bezirksführer haben zu erscheinen und die Kontrollkarten und die unverkauften Beitragsmarken mitzubringen.

Die Bezirksführer und die Distriktsführer wurden noch besonders ersucht, die Bücher der neuangewonnenen Mitgliedern immer auf dem schnellsten Wege zuzustellen und auch das Ummelden der Mitglieder aus einem Distrikt in den anderen pünktlich und gewissenhaft zu besorgen. Der Vorstand.

### Volkswacht-Agitation.

Sonntag, den 23. Juli, ab 7 1/2 Uhr morgens, findet von dem Lokal Weinstraße 36 aus eine Agitation für die Volkswacht statt. Die Mitglieder der Distrikte 10 und 11 werden ganz besonders um rege Teilnahme ersucht.

### Distrikt 1 (Gäh).

Unser Ausflug ist bestimmt Sonntag, den 23. Juli, nach Opperau. Abmarsch Mittag 1 Uhr vom Distriktslokal Kronprinzenstraße 30. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

### Distrikt 8a (Oberort).

Wegen Lokaländerung ist der zu Sonntag den 23. Juli geplante Ausflug verschoben worden. Er wird voraussichtlich Mitte August unternommen werden. Näheres wird rechtzeitig mitgeteilt werden.

### Distrikt 9 (Oberort).

Unser Familien-Ausflug ist bestimmt Sonntag den 23. Juli. Die beteiligten Genossen sammeln sich um 8 Uhr im Distriktslokal Michaelsstraße 2. Abfahrt Punkt 8 1/2 Uhr. Nachzügler können nicht berücksichtigt werden. Lieberbücher sind mitzubringen.

### Distrikte 14, 15, 15a (Ohlauertor).

Montag, den 24. Juli, abends 8 Uhr: Abrechnung der Bezirksführer im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses. Darauf wird eine gemeinsame Sitzung der Funktionäre dieser drei Distrikte wegen eines gemeinsamen Vergnügens abgehalten.

### Distrikt 15a (Ohlauer Tor).

Sonntag, den 23. Juli: Volkswacht-Agitation. Die Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Die Mitglieder der Nachbardistrikte, besonders der Distrikte 14 und 15 sind ebenfalls eingeladen.

### Distrikte 16a und 17a (Brauerei und Schweidnitzer Tor).

Unser Ausflug wird Sonntag, den 23. Juli, nach Leipe-Petersdorf veranlassen. Treffpunkt vormittags 9,45 Uhr am Brausebad Leichäder. Abfahrt 10,25 Uhr vom Hauptbahnhof.

### Sozialdemokratischer Verein Breslau (Sand)-Neumarkt.

Sand-Distrikt 5 (Cömis). Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Parteigenossen im Volksgarten. Tagesordnung: 1. Wahl des Distriktsführers, des Bezirksführers und der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Vortrag des Genossen Schölich-Breslau. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Sand-Distrikt 16 (Stabellwitz). Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 Uhr finden die Jahreshende in folgenden Lokalen statt: Bezirk 1 bei Weiß in der „Hoffnung“. Bezirk 2 bei Gohlz bei Weiß in der „Hoffnung“. Der Distriktsführer.

Sand-Distrikt 17 (Gäh-Billa). Dienstag, den 25. Juli, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der „Hoffnung“ bei Weiß. Sehr wichtige Tagesordnung, weshalb alle Mitglieder zu erscheinen haben. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen, da auch Jahreshende ist. Tagesordnung über das Gewerkschaftsleben. Sonntag, den 23. Juli: Volkswacht-Agitation. Die Genossen treffen sich früh 7 Uhr bei Folger, wo das Material ausgegeben wird. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.







## Jahresbericht des Bildungs-Ausschusses für die Breslauer Arbeiterschaft.

Das Geschäftsjahr der Bildungsausschüsse in Deutschland auf Beschluß des Parteitagcs einheitlich vom 1. Juli bis 30. Juni festgelegt worden, damit sich eine regelmäßige und vergleichbare Uebersicht der Tätigkeit geben läßt. Ueber diesen Zeitraum der Jahre 1910 und 1911 erstreckt sich deshalb auch unser Bericht, in ihm hat der Ausschuss folgende Veranstaltungen getroffen:

- 2 wissenschaftliche Vortragskurse,
- 8 wissenschaftliche Einzelvorträge,
- 19 Volksvorstellungen,
- 1 Volkskonzert,
- 1 Dichterabend,
- 1 Vortragsabend der Münchener Scharfrichter,
- 1 gemeinschaftliche Lustschiffbesichtigung mit Vortrag,

wozu die Förderung des Besuches einer „Ausstellung gegen den Alkoholismus“ und der Versuch mit einem Deutsch-Kursus kam.

### Wissenschaftliche Vortragskurse.

Bisher wurden in Breslau ein geistlicher, zwei volkswirtschaftlicher und ein naturwissenschaftlicher Kursus abgehalten. Die gesamte vorgenannte Arbeit wurde in diesem Jahre durch einen naturwissenschaftlichen und einen volkswirtschaftlichen Kursus fortgesetzt. Im Anschluß an einen früheren Vortrags-Zyklus über „Die Geschichte der Erde“ sprach Genosse Engelbert Graf an sechs Abenden im Januar und Februar 1911 über das Thema „Von Urtieren zum Menschen“ und im Juni begann Genosse Dr. Hermann Dunder seine auf acht Abende berechnete Vortragsreihe über das Thema „Die Sozialdemokraten, was sie sind und was sie wollen“.

Die bisher in Breslau abgehaltenen Kurse wiesen folgende Teilnehmer auf:

1. Kursus (Maurenbrecher)	500 Personen,
2. „ (Mühle)	754 „
3. „ (Mühle)	968 „
4. „ (Graf)	874 „
5. „ (Graf)	1496 „
6. „ (Dunder)	751 „

Der starke Besuch, mit dem wir unter allen Städten des Reiches an erster Stelle stehen, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der politische Verein und die gewerkschaftlichen Organisationen ihren Funktionen den Besuch auf Kosten der Vereinskasse ermöglichen. Gerade deshalb wäre es jedoch wünschenswert, daß nicht eine so starke Fluktuation der Teilnehmer stattfindet, sondern jeder Teilnehmer sein Bestreben darauf richtet, alle Abende eines Zyklus zu besuchen.

Die eingehende Statistik des naturwissenschaftlichen Graf-Kursus ergab einige interessante Zusammenstellungen über Alter, Geschlecht und Organisationszugehörigkeit der Besucher. Es erschienen 1244 männliche und 252 weibliche Besucher; davon gehörten 890 dem sozialdemokratischen Verein an. Folgende Altersstufen waren vertreten:

15-20 Jahre	94 Teilnehmer,
21-30 „	508 „
31-40 „	451 „
41-50 „	139 „
über 50 „	49 „

Von 255 fehlte leider eine genaue Angabe über das Alter. Bei dem zweiten Kursus sind genauere Aufnahmen über die Gewerkschaftszugehörigkeit und die politische Organisation gemacht worden, die ergaben, daß von 751 Teilnehmern 665 gewerkschaftlich und 660 politisch organisiert waren. Es erschienen zu den Vorträgen:

149 Teilnehmer	8 Mal
102 „	7 „
86 „	6 „
68 „	5 „
77 „	4 „
59 „	3 „
99 „	2 „
111 „	1 „

In diesen Zahlen kommt eine zu starke Unregelmäßigkeit des Besuchs zum Ausdruck, die allerdings zum größten Teil dem Umstand geschuldet war, daß der Kursus in den Sommerferien und an 2 Abenden in der Woche abgehalten werden mußte. Rechnet man den oft einständigen Nachhauseweg mit hinzu, so ergibt sich für viele Besucher das Opfer eines Abends bis gegen Mitternacht und das ist nicht für Jedermann erträglich, wenn es sich zweimal in der Woche wiederholt. Da sich aber ähnliche Anzeichen unregelmäßigen Besuchs schon bei früheren Kursen zeigten, möchten wir doch den Appell wiederholen, daß jeder einzelne Teilnehmer, wenn möglich, die Abende unserer Kurse regelmäßig besuchen sollte.

Im Anschluß an den Dunder-Kursus wurden über 700 Bücher und Broschüren verkauft; diese große Zahl verbirgt einen dauernden Gewinn für zahlreiche Teilnehmer an den Vorträgen.

### Wissenschaftliche Einzelvorträge.

Von allen 6 wissenschaftlichen Einzelvorträgen streiften drei das politische Gebiet. Es sprach nämlich

Genosse Göhre über das Thema: „Die Sozialdemokratie und das religiöse Problem“.  
Genosse Dr. Frank über „Die nächsten Aufgaben des deutschen Volkes“ und  
Genosse Em. Wurm über: „Volkseinkommen, Volksernährung und Volksbesteuerung“.

Die beiden ersten Vorträge wiesen einen außerordentlich starken Andrang auf, der bei dem sehr lehrreichen Vortrag des Genossen Wurm leider ausblieb, weil dieser Vortrag wegen der Singschichtfeier auf einen Sonntag mittag im Frühling verlegt werden mußte. Immerhin wies auch diese Versammlung noch 800 Zuhörer auf.

Außerdem sprach im Auftrage des Bildungsausschusses noch Herr Nuerbach über: Das Wesen der Feuerbestattung;

Herr Felix Erber über ein naturwissenschaftliches Thema: „Die Rätsel des Mars“ und  
Herr Dr. Weigert in einer für Frauen bestimmten Versammlung über: „Die Pflege und Ernährung des Säuglings“.

Der Vortrag des Herrn Felix Erber wurde durch Lichtbilder illustriert. Die Zuhörerschaft für die drei letzten Vorträge hielt sich in engen Grenzen (200-300 Personen).

### Volksvorstellungen und Volkskonzerte.

Da in den Monaten November bis Februar ein besonders starkes Verlangen nach Volksvorstellungen bemerkbar war, konnten im Berichtsjahre im ganzen 19 Vorstellungen im Thalia-, Stadt- und Lobe-Theater angelegt werden. Ferner dürfen wir es als ein außerordentlich günstiges Zeichen für das wachsende Interesse an guten künstlerischen Darbietungen buchen, daß am Nachmittage des sogenannten Totensonntags (20. November) alle drei Theater von uns besucht wurden. Im Stadttheater wurde eine Oper „Die Jüdin“ aufgeführt, im Lobe-Theater „Die verunkelte Glocke“ von Hauptmann, im Thalia-Theater „Maria Stuart“. Alle drei Theater waren an diesem Tage ausverkauft. Im übrigen weist unser Volksvorstellungspertoire im vergangenen Jahre folgende Werke auf:

25. September 1910	Der Biberpelz von Hauptmann.
9. Oktober	Der Biberpelz von Hauptmann.
23. Oktober	Wenn der junge Wein blüht.
13. November	Wenn der junge Wein blüht von Björnson.
20. November	Die Jüdin von Halevy.
20. November	Die verunkelte Glocke, von Hauptmann.
20. November	Maria Stuart von Schiller.
11. Dezember	Das Konzert von Hermann Bahr.
25. Dezember	Der Troubadour von Verdi.
26. Dezember	Sappho von Grillparzer.
15. Januar 1911	Kabale und Liebe von Schiller.
29. Januar	Nora, von Ibsen.
12. Februar	Onkel Bräsig nach Reuter.
19. Februar	Onkel Bräsig nach Reuter.
12. März	Die Kinder von Hermann Bahr.
26. März	Anatol von Arthur Schnitzler.
9. April	Urtel Alkibiades von Gustav.
30. April	Cavalleria rusticana von Mascagni und die schöne Galathee.
17. Mai	Nathan der Weise von Lessing.

In der letzten Vorstellung, die zugleich als Abschiedsabend für Herrn Robert Müller galt, der oft als Vortragender in unseren Dichterabenden hilfreich tätig gewesen war, widmete der Bildungsausschuss dem scheidenden Künstler, wie früher Herr R. Vettinger und Fräulein Salta einen Lorbeerkranz mit roter Schleife und Inschrift, der ihnen unter dem lebhaften Beifall des Publikums überreicht wurde.

Da der Saal des Gewerkschaftshauses am 19. März wegen des ersten deutschen Frauentages besetzt war, konnte nur ein Volkskonzert der Stadttheater-Kapelle unter Leitung des Herrn Küster stattfinden, das wieder einen besseren Besuch aufwies als die vorjährigen Konzerte. Weitergehenden Wünschen der organisierten Arbeiter wurde Rechnung getragen, indem wir die billige Abgabe von Eintrittskarten zu den Winterkonzerten des Orchester-Vereins vermittelten.

### Dichter- und Unterhaltungsabende.

Hatten frühere Dichterabende der Ehrung von Goethe, Schiller, Heine, Eichendorff, Villenron und Rossetti gegolten, so schlossen sich im vergangenen Jahre solche für Freiligrath und Fritz Reuter an. Für den Reuterabend gelang es uns, in Herrn Ottomar Enking aus Dresden einen würdigen Interpreten des plattdeutschen Dichters zu finden, der sowohl ein kurzes Lebensbild Reuters gab, als auch eine Auswahl herrlicher Proben seiner Dichtkunst. Der Freiligrath-Abend bestand aus einer Festrede des Genossen Albert, während sich in den künstlerischen Teil der Feier die Herren Hugo Markt am Flügel, Robert Müller als Rezitator und Herr Kunstädler (Gesang) teilten. Als Novität verdient bemerkt zu werden, daß die Polizei diese Feier als „öffentliche politische Versammlung“ ansah und zur großen Belustigung der Feiernden zwei Polizisten an den reservierten Tisch der Mitwirkenden entsandte.

Der dritte Dichterabend „Kunst und Revolution“ galt den Freiheitsdichtern überhaupt und war zugleich als Märzfeier gedacht. Genosse Richard Schiller würdigte am Anfang des Abends die Dichter der politischen und sozialen Revolution und die Herren Sloba als Rezitator, Hugo Markt am Klavier, sowie der Arbeitergesangsverein „Sängerrunde“ sorgten gemeinschaftlich dafür, daß der künstlerische Teil der Feier bei den überaus zahlreichen Teilnehmern einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hinterließ.

Am diese Dichterabende schloß sich ein künstlerischer Unterhaltungsabend der beiden Leiter der Münchener Scharfrichter Marc Henry und Marga Delward, der ebenfalls viel Zulauf aufwies. Besonders der Vortrag der „Marcellaise“ und der „Carmagnole“ im Kostüm der Pariser Sansculotten erregte stürmische Beifallskundgebungen.

### Sonstige Veranstaltungen.

Eine ungewöhnlich große Schar von Genossen, etwa 11.000, fand sich am 31. Juli 1910 auf dem Flugplatz in Wilhelmstrub ein, um an einer Besichtigung des lenkbaren Luftschiffes „Parisval V“ nebst erläuterndem Vorträge und Schaulustigen teilzunehmen. Der Ballon wurde aus der Halle gezogen und auf der Gondel stehend hielt Herr Hauptmann Dinglinger einen Demonstrationsvortrag über die Luftschiffe des unflaren Systems. Um die praktische Brauchbarkeit des Ballons zu illustrieren, sanden auch Flüge über dem Plage und in die Umgebung statt, an der zwei Mitglieder des Bildungsausschusses teilnahmen.

Der Versuch, einen Deutsch-Kursus abzuhalten, kann nicht als voll gelungen angesehen werden, weil nach Aussagen der Teilnehmer bei der Wahl des Lehrers nicht alle Umstände berücksichtigt waren, die zum Gelingen des Unternehmens nötig waren, ein anderer Lehrer aber zurzeit nicht gefunden wurde.

Von einer Wandschau-Ausstellung wurde in diesem Jahre abgesehen, da mehrere Jahre hindurch eine solche stattgefunden hatte und die „Volkswacht“-Buchhandlung selbstständig eine Jugendschriften-Ausstellung arrangierte.

Sagegen förderte der Bildungsausschuss den Besuch der mit städtischer Hilfe arrangierten „Ausstellung gegen den Mißbrauch des Alkohols“, indem er den berufsweißen Besuch der Ausstellung durch die Gewerkschaften organisierte und zu diesem Zwecke Karten an die verschiedenen Vereine ausgab.

### Der Kassenbericht

Der einzelnen größeren Veranstaltungen stellt sich nach den Büchern des Sozialdemokratischen Vereins wie folgt:

Graf-Kursus	Einnahme	785,70 Mk.
	Ausgabe	408,25 „
	Ueberschuß	377,45 Mk.
Dunder-Kursus noch nicht abgeschlossen.		
Göhre-Vortrag	Einnahme	145,00 Mk.
	Ausgabe	74,50 „
	Ueberschuß	70,50 Mk.
Frank-Vortrag	Einnahme	130,05 Mk.
	Ausgabe	73,50 „
	Ueberschuß	56,55 „
Wurm-Vortrag	Einnahme	77,05 Mk.
	Ausgabe	98,50 „
	Defizit	19,45 Mk.
Vortrag über Feuerbestattung	Einnahme	20,40 Mk.
	Ausgabe	21,75 „
	Defizit	1,35 Mk.
Astronomischer Vortrag	Einnahme	39,30 Mk.
	Ausgabe	62,50 „
	Defizit	23,20 Mk.
Volksvorstellungen	Einnahme	11.505,05 Mk.
	Ausgabe	11.157,95 „
	Ueberschuß	347,70 Mk.
Volkskonzerte	Einnahme	306,30 Mk.
	Ausgabe	375,00 „
	Defizit	68,70 Mk.
Freiligrath-Feier	Einnahme	135,20 Mk.
	Ausgabe	110,00 „
	Ueberschuß	25,20 Mk.
Reuter-Feier	Einnahme	113,60 Mk.
	Ausgabe	161,65 „
	Defizit	48,05 Mk.
März-Feier	Einnahme	179,55 Mk.
	Ausgabe	177,12 „
	Ueberschuß	2,43 Mk.
Scharfrichter-Abend	Einnahme	232,00 Mk.
	Ausgabe	242,50 „
	Defizit	10,50 „
Parisval-Besichtigung	Einnahme	1305,00 Mk.
	Ausgabe	1305,00 „
	Ueberschuß	0 „

Gleicht sich aus.

Indem wir die Tätigkeit des Bildungsausschusses der freundlichen Kritik der Genossen unterbreiten, machen wir darauf aufmerksam, daß unsere Arbeit in der ersten Hälfte des Winterhalbjahres wird zurücktreten müssen gegenüber der dringenden Aufgabe, welche die Reichstagswahlen allen Genossen und Genossinnen in Stadt und Land auflegen.

Der Bildungsausschuss für die organisierte Arbeiterschaft.

## 8. Verbandstag der Stukkateure.

k. Dresden, 20. Juli.

Vierter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Verschmelzungsforderung füllt auch noch einen großen Teil der heutigen Sitzung aus. Es sprach noch 20 Redner, dann war die Redezeit über diesen Punkt endlich erschöpft. Als Ergebnis der Beratung wurde folgende Resolution vorgelegt:

Vorherrschender Döntsal betont hierzu, die Frage solle möglichst rasch zur Entscheidung gebracht werden, so daß der Zusammenschluß schon am 1. Januar 1912 erfolgen könnte.

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Vor der Abstimmung hielt — weil die Resolution noch nicht gedruckt vorlag — Thielberg — Hamburg sein Referat über die

### Einführung der Erwerbslosenunterstützung.

Ein Eingehen auf dieses Referat und die sich anschließende Debatte können wir uns ersparen — der Verbandstag tat es sonderbarerweise nicht — da durch die Resolution zur Verschmelzungsforderung die Einführung der Erwerbslosenunterstützung zurückgestellt ist — die Entscheidung über diesen Punkt, der bereits vor seiner Behandlung gefallen war, wie ein Delegierter vor Beginn der Debatte ganz richtig betont. Weitere Beschlüsse zu dieser Frage wurden auch nicht gefaßt. Das Referat zur Statutenberatung hielt sodann der Verbandskassierer Götter-Domburg, der den vorliegenden Statutenentwurf des Vorstandes bearbeitet und die hierzu gestellten Anträge bespricht. Der Vor-

stand empfiehlt u. a. die Einführung einer weiteren unteren Beitragsklasse bei einem Stundenlohn bis 45 Pfennig 40 Pfennig Beitrag; bisher war der unterste Beitrag 50 Pfennig bei einem Stundenlohn bis 55 Pf. und die Reduzierung der Anteile der Filialen von dem Verbandsbeitrag. Die Streikunterstützung soll für die Mitglieder, die noch kein Jahr dem Verbands angehören, um 2 resp. 4 Mk. gekürzt werden.

Um 4 Uhr wurde das Referat abgebrochen und die Verhandlungen vertagt.

Die Diskussion der Frage über die Angliederung der Stukkateure an den Bauarbeiter-Verband hat ergeben, daß die übergroße Mehrheit der Delegierten sich für diesen Anschluß ausgesprochen hat.

Der Verbandstag beschließt daher, die Angliederung durch eine Urabstimmung den Mitgliedern zur Entscheidung zu unterbreiten. Mit der Ausschreibung der Urabstimmung sind gleichzeitig die Uebertrittsbedingungen zu veröffentlichen, deren Festlegung den heiderseitigen Hauptvorständen zu überlassen ist. Vorbedingung für die Angliederung ist, daß mindestens zwei Drittel der Mitglieder sich an der Urabstimmung beteiligen und von den Abstimmenden 80% sich für die Angliederung erklären.

Um dieses zu ermöglichen, verlangt der Verbandstag von den Delegierten, daß sie bei der sich notwendig machenden Agitation mit allen Kräften für die Angliederung eintreten.

Wird die Frage in zustimmendem Sinne erledigt, so ist der Zusammenschluß an dem zwischen den Hauptvorständen festzusetzenden Zeitpunkt zu vollziehen.

Um den Anhängern der Erwerbslosenunterstützung gerecht zu werden, beschließt der Verbandstag weiter, die Entscheidung über diese Frage solange zurückzustellen, bis das Resultat der Urabstimmung über die Angliederung bekannt ist und überläßt evtl. dem nächsten Verbandstage deren endgültige Entscheidung.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Höckner, 21. Juli. Ein Wahlvorspiel. In der vorigen Woche fanden für den hiesigen Bezirk die Wahlen der Arbeitnehmer-Vertreter zur Ortskassenkassa für den Landkreis Goldberg-Baynau statt. Dabei zeigte es sich einmal, daß das Interesse der Arbeiter auf dem Lande für das Krankenversicherungsproblem bedeutend gesteigert ist, dann aber auch, daß die Sozialdemokratie auf dem Lande die besten Fortschritte macht. Gingen früher nur 15 oder 20 Personen zur Wahl, so waren diesmal 67 Wahlberechtigte anwesend. Gewählt wurden drei Sozialdemokraten und zwar Genosse Friedrich mit 57, Leonhardt 35, Anders mit 37 Stimmen. Die Wahl leitete der Ortsvorsteher von Neudorf am Goldberg, der die Sozialdemokratie so gern vernichtet sehen möchte und der hier zusehen mußte, wie lauter Sozialdemokraten gewählt wurden. Die Wahl gibt einen kleinen Vorgeschmack für die kommenden Reichstagswahlen. Es soll uns nun eine Lust sein, alles daran zu setzen, um für unseren Kandidaten, Genossen Dietrich, eine recht hohe Stimmengahl zu erreichen.



